

# Buchbinder-Zeitung

Erste Ausgabe Sonnabends.  
Abonnementpreis 1,00 Mark pro Quartal exkl. Postgebühren. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten, sowie die Expedition, Berlin S. 59, Rottbuserdamm 23 I.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate  
pro vierseitige Zeitspalte 30 Pf., Stellengesuche 20 Pf.; für Verbandsmitglieder 20 Pf.; Verbandsmitgliedsanzeigen 10 Pf.; Privatangelegenheiten 10 Pf. Privatangelegenheiten sind der Betrag beizufügen.

Nr. 43.

Berlin, den 24. Oktober 1908.

24. Jahrgang.

## Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Diejenigen Zahlstellen und Gaue, die eine Abrechnung für das dritte Quartal noch nicht an uns eingeleistet haben, ersuchen wir, ihren Verpflichtungen unverzüglich nachzukommen.

2. Die Berichtskarten für das Kaiserlich Statistische Amt sind trotz direkter Mahnung und mehrfacher Aufforderung an dieser Stelle von den Zahlstellen Kattowitz und Konstanz nicht eingeleistet worden. Es mußten deshalb diese Zahlstellen mit zusammen 44 Mitgliedern bei der diesmaligen Zusammenstellung unberücksichtigt bleiben.

3. Die Generalkommission der Gewerkschaften ist mit den in Frage kommenden Verlagsbuchhandlungen in Verbindung getreten, um den Gewerkschaften den Bezug der nachstehend angegebenen, für die Gewerkschaften äußerst wertvollen und interessanten Werke zu ermäßigten Preisen zu ermöglichen.

1. Die freien Gewerkschaften in Deutschland. Von Dr. B. Girschfeld. (Preis broschiert 14 Mk.)
2. Die christliche Arbeiterbewegung in Deutschland. Von Dr. H. Erdmann. (Preis gebunden 10,50 Mark.)

Je nachdem wieviel Exemplare insgesamt bestellt werden, wird der Preis für das erstgenannte Werk sich auf 4 bis 7 Mk., für das zuletzt genannte Werk auf 5 bis 6 Mk. stellen. Wir empfehlen den Zahlstellen, von diesem Angebot möglichst weitgehenden Gebrauch zu machen und Bestellungen schnellstens an uns gelangen zu lassen.  
Der Verbandsvorstand.

## Wohin geht die Fahrt?

Was unsere heutigen Unternehmer wollen, das kann eigentlich mit wenigen kurzen Worten klar und präzise ausgesprochen werden: die Anwendung aller ihnen zur Verfügung stehenden Macht zur Unterdrückung der Arbeiterklasse, brutale Herabsetzung der Unternehmerinteressen bei allen Angelegenheiten staatlicher und kommunaler, politischer und sozialer Natur, kurzum absolute Herrschaft in allen Dingen des heutigen Wirtschaftslebens. Und mehr noch, über die Persönlichkeit des einzelnen Individuums wollen sie Hoheitsrechte genießen, die sie zum unbeschränkten Herrn und Gebieter über alles Sein setzen. Bis zu einem gewissen Grade haben sie diese ihre Ideale verwirklicht. Bei allen Angelegenheiten, die zunächst und ausschließlich die vitalsten Interessen anderer Gesellschaftsklassen im heutigen Klassenstaat berühren, können sie es ohne weiteres wagen, ein Vetorecht geltend zu machen, das ihnen gar nicht zusteht, können sie einen Einfluß ausüben, der nur zu ihrem eigenen Vorteil, zum Nachteil dagegen der Allgemeinheit ausschlägt, ja selbst ihres Strebens bestes Ziel, Kommandogewalt über das einzelne Individuum, haben sie bereits heute teilweise erreicht.

Aber das alles konnten sie nicht ohne die Hilfe eines, dem durch höhere Gewalten die seitens der Unternehmer erst erstrebten Oberhoheitsrechte über alle Dinge bereits gegeben sind, ohne die Hilfe einer angeblich zwar konstitutionellen, in Wirklichkeit dagegen ergaotokratrischen Regierung. Diese Auto-

kratie der Regierung reicht jedoch nur so weit, als sie sich der großen Masse des Volkes gegenüber sieht. Gegenüber anderen Klassen des Klassenstaates wird ein anderes Gesicht aufgesteckt, und unsere heutige Regierung hat sich noch stets als ein überaus williger Handlanger der verhältnismäßig kleinen Klasse der Unternehmer gezeigt und sie wird auch weiterhin die Rolle eines allezeit getreuen Fridolins unserer Scharfmacher mit bewundernswerter Bereitwilligkeit übernehmen. Sie kann es nicht anders, denn das Weib, das sich einmal um des persönlichen Vorteils eines anderen profituiert hat, rutscht immer weiter auf der schiefen Bahn des Lasters. So und keinen Pfifferling anders ist auch die Stellung unserer Regierung zum Unternehmertum und umgekehrt zu bewerten. Die Versuche, der Arbeiterklasse Handschellen anzulegen, die Gesetzesvorlagen, die bis in die jüngste Zeit hinein die Arbeiterschaft beunruhigten und deren schändlichste die berühmte Zuchthausvorlage darstellt, welche den ganzen Kurs charakterisiert, bieten nur einen kleinen Beweis hierfür.

Mit Zug und Recht kann man ganz allgemein vom heutigen Unternehmertum reden, ohne irgendwelche Einschränkungen in bezug auf die Nationalität. Gewiß, der deutsche Unternehmer hat es erst in letzter Zeit durch den Mund eines seiner rückfischlosten Vertreter erklären lassen, daß die Arbeiterbewegung im Gegensatz zur Arbeiterbewegung durchaus national bleiben müsse, „wenn sie ihrem höheren Zwecke wirklich gerecht zu werden gedenke“. Das ist natürlich nicht buchstabengetreu zu nehmen, sondern diese Äußerung des bekannten WC-Ment entstammt dem Reiche der Phraseologie. Das Unternehmertum ist heute so national wie der strammste Hurrapatriot, um morgen so international zu sein, wie es z. B. die Arbeiterbewegung nur je sein kann. Aber diese hochoffizielle Präjudizierung der Arbeitgeberbewegung als eine nationale hat seine guten Gründe: Das erfolgreiche Wirken der Arbeitgeberverbände ist von dieser Proklamierung als nationale Bewegung bis zu einem gewissen — und zwar nicht gerade dem kleinsten — Teile abhängig. Die Arbeitgeberbewegung kann insofern nicht international sein, weil sich die Interessen der Arbeitgeber verschiedener Nationalitäten entgegenstellen. Die südländischen Arbeitgeber, die italienischen, böhmischen, österreichischen, ungarischen, galizischen und andere mehr, haben z. B. ein Interesse daran, ihre überaus billigen und willigen Arbeitskräfte im Lande zu behalten, den Vorteil dieser Bedürfnislosigkeit der Arbeiter selbst zu genießen und den widerstandslosen Arbeiter nicht der internationalen, sondern der ausgeprägt nationalen Ausbeutung zu erhalten. Der deutsche Arbeitgeber dagegen bemüht sich nach Kräften, den genügsamen, ohne Rücksicht seiner Willkürherrschaft preisgegebenen südländischen Arbeiter von der heimatischen Scholle abzulösen, damit er, der deutsche Arbeitgeber, an diesen Vorteilen partizipieren kann. Zudem hängt für ihn mehr vom südländischen Arbeiter ab als nur die Möglichkeit einer Gewinnerhöhung aus der Arbeitskraft des ausländischen Arbeiters: er betrachtet diesen als wirksames Pressionsmittel gegenüber den einheimischen Arbeiter, der die ausländische Konkurrenz fürchtet und sich darum nach Möglichkeit den genügsamen Ansprüchen dieses anzupassen versuchen muß. Der deutsche Arbeitgeber erhofft also vom ausländischen Arbeiter außer der Verringerung der Produktionskosten durch ungenügende Entlohnung

noch einen merklichen Druck auf das Lohnniveau des einheimischen Arbeiters.

Diese gegenwärtige Wirkung der erhöhten Widerstandslosigkeit des ausländischen Arbeiters auf den Arbeitgeber gleicher und auf den anderer Nationalität verhindert zunächst das engere Zusammengehen dieser beiden, und damit scheint die Möglichkeit einer Internationalen des Arbeitgeberbundes nicht gegeben. Und von diesem Gesichtspunkt aus dürfte auch der Ausdruck des Oberscharfmachers Wert zu bewerten sein. Aber wie der Schein oftmals trügt, so auch hier. Will man ein klares Bild haben, dann muß man etwas tiefer schürfen. Die Arbeitgeber aller Länder haben das Bedürfnis, die Lebenshaltung der Arbeiter möglichst hinauszuhalten. Dabei spielt die Nationalitätenfrage gar keine Rolle. An der Rückständigkeit des slowenischen oder italienischen Arbeiters ist nicht nur der slowenische oder italienische, sondern auch der deutsche, schweizerische und andere Arbeitgeber interessiert, wie wir oben gesehen haben, denn die Rückständigkeit des einen bildet immer und stets einen Gemmenschuß für die Fortentwicklung des anderen. So hat der deutsche Arbeitgeber begriffen, daß es ein Vorteil für ihn ist, wenn der südländische Arbeiter in seiner Bedürfnislosigkeit förmlich versinkt. Er versucht darum mit diesen südländischen Arbeiter in seiner Rückständigkeit zu erhalten, und das geschieht, indem der deutsche Arbeitgeber seinen südländischen Kollegen bei der Organisierung von Arbeitgeberverbänden Hilfeleiende Hand bietet. So finden wir bereits in Ungarn, vor allem in Budapest, ein straff organisiertes Unternehmertum, das bereits mächtig genug ist, den besten Arbeiterorganisationen entgegenzutreten. Und auch in Oesterreich hat sich eine Zentralfstelle der Arbeitgeber nach deutschem Muster gebildet, wobei die deutschen Arbeitgeberverbände ihre Hände im Spiel hatten; haben doch bekannte Führer der deutschen Arbeitgeberverbände in Oesterreich-Ungarn Agitationsversammlungen abgehalten u. a. m. Die Organisierung der Arbeitgeber hat einzig und allein den Zweck, die Existenzbedingungen des Arbeiters auf ein Minimum herabzudrücken. Da nun aber die nach Deutschland zureisenden Ausländer, von den Emanzipationsbestrebungen des deutschen Arbeiters angezogen, bei ihrer Rückwanderung in die Heimat die Anwendung einer straffen Organisation zischen und ihre eigenen Landsleute immer mehr „verhexen“ und „aufwiegeln“, so entsteht die Gefahr für den Arbeitgeber, daß nach Jahr und Tag infolge der zunehmenden Organisierung auch der südländische Arbeiter — es wird hier darum mit Vorliebe von südländischen Arbeitern gesprochen, weil diese geradezu den Typ der Bedürfnislosigkeit darstellen — nicht mehr so willig und widerstandslos sich auspressen läßt als früher. Diesem mußte abgeholfen werden, und darum als Gegengewicht die Vereinigung der Arbeitgeber in feste Organisationen, um die Emanzipationsbestrebungen der Arbeiter im Keime zu ersticken.

Mit der Heranziehung allein der in diesem Falle gar nicht lästigen Ausländer aber ist dem deutschen Arbeitgeber nicht gedient. Die Beschäftigung solcher, die zumeist weniger qualifiziert sind als die einheimischen, ist und bleibt immer nur ein Notbehelf, und darum geht das Sehnen der Unternehmer dahin, den einheimischen Arbeiter auf das Niveau des ausländischen herabzudrücken. In Zeiten der Hochkonjunktur haben sie keine Zeit dazu, da muß Mehr-

wert geschaffen werden. Aber mit dem Eintreten der Krise legen sie die Maske ab und Lohnreduktion folgt auf Lohnreduktion. Auch an Verjungen, die Arbeitszeiten zu verlängern, fehlt es nicht. In den wenigsten Fällen ist der wirtschaftliche Niedergang als solcher die Ursache der Reduzierung der Löhne, sondern das oben skizzierte Bestreben. Leichtes Spiel hätten die Unternehmer, wenn nicht eine gute Arbeiterorganisation oftmals dem freiben Treiben ein Ziel setzte (siehe Pforsheim) und durch entschiedene Gegenwehr diesen Verjungen zu beugen wüßte. Also auch das Mittel ist nicht ein unwirkliches und darum legt man sich auf ein anderes, das zwar nicht neu, aber doch noch wenig ausprobiert ist und von dem man sich nunmehr alles das verspricht, was alle anderen Verjungen nicht in dem Maße brachten, wie es erwartet wurde: Setzt werden sich die Arbeitgeber mit regem Eifer der Organisation der Arbeitgeberarbeitsnachweise zuwenden. Es ist nicht zu leugnen, daß beim Gelingen des sauberen Planes schwere Zeiten für die Gewerkschaften herandrehen würden, denn diese Arbeitgeberarbeitsnachweise sind gedacht als Maßregelungsbureau aus par excellence.

Vor einigen Wochen tagte in München eine Arbeitsnachweiskonferenz des Vereins Deutscher Arbeitgeberverbände. Bei dieser Gelegenheit war es auch, als der Kommerzrat Ment die Phrase von der nationalen Arbeitgeberbewegung prägte und bei der er auch darauf hinwies, daß die Schaffung von Arbeitgeberarbeitsnachweisen eine — patriotische Pflicht sei. Zwecksellerstückernd könnte es wirken, wenn man Arbeitgeber, also Scharfmacher, Kapitalisten, von Patriotismus faseln hört. Die Finanzklemme unseres lieben Vaterlandes gäbe diesen Mordspatrioten reichlich Gelegenheit zur Betätigung. Aber dieser Patriotismus geht an den Geldbeutel und da wird man viel lieber zum vaterlandslosen Gesellen und vorenthält dem Kaiser, was dem Kaiser ist. Immerhin, diese „patriotische“ Pflicht, Schaffung von Arbeitgeberarbeitsnachweisen, ist eine große Gefahr für die Arbeiterklasse. Wie diese Arbeitsnachweise wirken sollen, kennzeichnete der Vorsitzende der erwähnten Arbeitsnachweiskonferenz mit dem Hinweis darauf, daß „die Arbeitgeberarbeitsnachweise nach Hamburger System notwendig im Interesse der Auswahl der Besten für die deutsche Industrie seien, die sonst im Wettkampf der Nationen auf dem Weltmarkt nicht bestehen könnte. Die Regelung der Arbeitsnachweissfrage durch die Arbeitgeberverbände sei eine Angelegenheit von eminentem patriotischer Bedeutung. Grundverfecht sei es, sie nach dem Beispiel gewisser Sozialreformer mit gefühlspolitischen Momenten verquiden und die Arbeitsnachweise als Wohltätigkeitsanstalten auffassen zu wollen.“ Welcher Art aber die auszuwählenden „Besten der deutschen Industrie“ sind, daß verrät uns die „Arbeitgeberzeitung“ an anderer Stelle, wo sie sagt: „Es stellt sich mehr und mehr heraus, daß sich gerade unter den geschmähten „gelben“ Arbeitern die flei-

bigsten, geschicktesten und intellektuellsten Elemente befinden — Leute, welche bei der allgemeinen Gleichmacherei der Sozialdemokratie nicht auf ihre Rechnung zu kommen vermochten. Sie haben im Gegensatz zu ihren politischen Antipoden in der Arbeiterschaft ein lebhaftes Verlangen nach dem System der „Auslese der Besten“. Denn sie wissen, daß sie selbst zu diesen Besten gehören und daß für sie wie für alle anderen hervorragend qualifizierten Arbeitskräfte der Arbeitgeberarbeitsnachweise die sichere Garantie einer entsprechenden Verwendung und Bewertung ihrer Leistungen bietet. Darum ist es des weiteren auch patriotische Pflicht der deutschen Arbeitgeber, diesen Elementen die Hand zu reichen; welcher Tatsache die Münchener Konferenz gerecht wurde, indem sie verlangte, der obligatorische Arbeitgeberarbeitsnachweise nach Hamburger System sei von allen Arbeitgeberverbänden einzuführen. Denn die Kosten, welche die Arbeitgeber damit auf sich nehmen, werden hundertfältig wieder eingebracht werden, sobald die deutsche Arbeiterschaft durch die planmäßige Auslese der Besten auf eine höhere Stufe gehoben wird und so die Ausichten auf Eroberung des Weltmarktes durch die deutsche Industrie ständig verbessert werden. Nur durch die Bevorzugung der Tüchtigsten kann eine Armee, sei es die in Waffen oder die industrielle, die Siegespalme erringen.“ Damit ist zweifellos ausgesprochen worden, wohin die Fahrt gehen soll. Durch die Arbeitgeberarbeitsnachweise hofft man die Organisation der Arbeiter durch NichtEinstellung der gewerkschaftlich und politisch tätigen Personen zu zertrümmern, hofft man den Widerstand der Arbeiter gegen die Verschlechterungsversuche der Arbeitgeber zu brechen, um auf Grund niedriger Löhne und langer Arbeitszeiten den Weltmarkt durch Unterbietung der ausländischen Industrie zu erobern. Also nicht die Hebung der Industrie soll das Mittel zur Eroberung des Weltmarktes sein, sondern die brutale Niederhaltung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse, wie eingangs dieses Artikels gesagt wurde. Dahin geht die Fahrt dieser Herrenmenschen, die mit dem Begriff Patriotismus das frivollste Spiel treiben: Vollständige Unterwerfung der Arbeiterklasse unter die Willkürherrschaft des Arbeitgeberbüros. Daß diese Fahrt ohne Hindernisse ihr Ziel erreicht, wagen wir füglich zu bezweifeln. Ja, wir sind tollkühn genug, anzunehmen, daß ein glänzendes Fiasko das Resultat aller Anstrengungen sein wird, denn die Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter wird sich solchen Anbelohnungsversuchen gegenüber nach wie vor zur Wehr setzen. Gewiß ist die augenblickliche Geschäftslage keine rosige, aber auf Regen folgt Sonnenschein. Weicht die Arbeiterschaft auf der Hut, achtet sie auf die Zeichen der Zeit und trifft sie nach diesen ihre Maßnahmen, dann braucht keinem Arbeiter um die Zukunft bange zu sein: Seine Organisation wird ihn vor allen Angriffen von

seiten der Gegner zu schützen wissen. Eines aber tut dabei dringend not und das ist der weitere Ausbau der Arbeiterorganisationen. Millionen sind organisiert, aber Millionen stehen noch abseits. Diese gilt es zu gewinnen und darum heißt es, rastlos arbeiten für die Organisation.

### Zur Theorie des Arbeitslohnes.

II.

In der Regel bewegt sich der Gedankengang unjener sozialpolitisch erleuchteten Diplomaten und Staatsmänner über die Bedeutung des Arbeitslohnes in einem eingeschlossenen Kreise von Widersprüchen und ewigen Irrtümern, und nur ab und zu ringt sich irgendeiner von den akademisch gebildeten „Fachmännern“ zur Erkenntnis einer selbstverständlichen Wirtenschaftswahrheit durch. Ein solcher Mann, der vom „Jertum zur Wahrheit reifte“, ist in allerjüngster Zeit in der Person des österreicherischen Sektionschefs Dr. Wilhelm Egner erstanden. In einem Gespräche, das er kürzlich mit einem bürgerlichen Journalisten über das Thema „Oesterreich und Deutschland auf dem Weltmarkte“ hatte, kam man auch auf die Verschiedenheit der Arbeitslöhne zu sprechen, bei welcher Gelegenheit Herr Dr. Egner ganz im Gegenteile zu seinen noch im Jahre 1890 geäußerten Anschauungen, sagte: „Zwar sind im Durchschnitt in Oesterreich die Arbeitslöhne niedriger als in Deutschland, aber dafür ist in Deutschland der Arbeiter qualitativ leistungsfähiger, so daß der Lohnunterschied durch seine größeren Leistungen wieder ausgeglichen wird.“

Diese Meinung, zu der sich allerdings die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter schon lange, bevor diese Erkenntnis den Weg in die Studierstube eines Sektionschefs gefunden, durchgerungen haben, ist es wert, daß sie von unferen Fabrikanten gehört werde. Wie überall, wo von einem scheinbaren Augenblicksinteresse jede bessere Einsicht und Erkenntnis im Keime erstickt wird, hat man es hier, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, mit Leuten zu tun, die bei jeder Gelegenheit trotz aller gegenteiligen Erfahrungen den Standpunkt vertreten, eine Industrie könne nur unter Zugrundelegung möglichst billiger Arbeitslöhne prosperieren. Bei jedem Anlasse beklagen sich die Herren, daß die fortwährenden, steigenden Ansprüche der Arbeiter die Produktionskosten verteuern und so zum Ruine der ohnehin schwer belasteten und stiefmütterlich behandelten Industrie beitragen.

Diese Klagen sind freilich keineswegs neu. Schon vor mehr als 100 Jahren hat sich der alte Adam Smith mit diesen Einwürfen beschäftigt. „Unsere Kaufleute und Fabrikanten“, führt er aus, „beklagen sich sehr darüber, daß die hohen Arbeitslöhne den Preis der Waren verteuern und somit den Absatz derselben im In- und Auslande erschweren, aber sie sagen nichts von den schlechten Folgen hoher Kapitalgewinne, sie schweigen über die schädlichen Einflüsse ihres hohen Gewinnes und Klagen einer

dem göttlichen Tiergarten, der Promenade Unter den Linden —

Und am Ufer steh' ich lange Tage,  
Das Land der Griechen mit der Seele suchend.“  
„Das versteht Du nicht, mein lieber Sohn“, bemerkte der Blonde überlegen. „Dazu müßtest Du mit Speewasser getauft sein, wie ich. Natur, Natur und nichts als Natur. Aber, wo ist der Menschenstrom, in dem man tauchen könnte?“  
„Die Stunde der Heimkehr wird ja auch uns eines Tages schlagen“, tröstete der Schwarzbart.  
„Ja, wenn ich verheiratet wäre, wie gewisse Leute, Freund Meuter, da könnte ich auch warten“, stießelte der andere, fügte jedoch schnell hinzu, als der Freund sich jäh aufrichtete: „Na, ich will nichts gesagt haben. Aber ich kann gerade nicht behaupten, daß ich mich nach Berlin zurücksehe. Mich wieder auf den Kontorbock schwingen, Distonto und Kurz berechnen und all das Teufelszeug, danach steht mein Sinn nicht. Ich bin froh, daß mich die Revolution davon erlöst hat. Es war doch eine gottvolle Zeit damals: die Volksversammlungen bei den Zelten im Tiergarten, die Parikaden, die Klubs und dann der Feldzug in Baden. Aber hier auf dem Strand, wie ein Fisch verkommen, nachdem die Flut sich verlaufen hat, nein, das will ich nicht. Denn wer weiß, wann eine Amnestie uns in den Stand setzt, der Schweiz für ihre unfreiwillige Gastfreundschaft zu danken? Ich will in dem Flüchtlingsleben nicht versauern. Ich habe einen Plan.“  
„Ach, wenn wir Deutschland mit gewaffneter Faust erobern können?“ scherzte Arnold Meuter, und

rückte den weichen Filzhut ein wenig aus der breiten Stirn. „Also, gib Feuer!“

„Nun denn, ich will studieren: Medizin — in Zürich“, sprach Otto Schwandel, der Handlungsgehilfe a. D., etwas verlegen. „Rühn, nicht? Na, zu alt bin ich wohl nicht dazu. Fünfundzwanzig! Daß ich mich dazubalten werde, versteht sich von selbst. Und da ich einigermaßen vorichtig in der Wahl meiner Eltern gewesen bin, so können die Kosten berappt werden. Dem Bundesrat wird es ja wohl am Ende gleich sein, ob ich hier in Zürich festgenagelt bin.“  
„Famos! Ich gratuliere Dir, Alter. Vielleicht gelingt es Dir mit Mixturen im einzelnen besser, als uns im groben mit Eisen und Feuer. Und was den Bundesrat betrifft — Ich habe Dir das noch nicht erzählt. Höre und gesthe, daß Du ein Glückspilz bist, während unferen Tag für Tag um sein elendes Stück Brot als Schulmeister schufteln mußt!“  
„Na, sei so gut. Ich weiß ja, wie schwer es Dir geworden ist, endlich dazu zu gelangen.“  
Meuter, den der Ausbruch des badenschen Aufstandes mitten aus seinen Rechtsstudien auf der Universität Gießen gerissen hatte, achtete des freundschaftlichen Trostes nicht, sondern berichtete: „Wie ich heute nach Tisch im Cafe „Grand Pont“ die „Augsburger Allgemeine“ lese, ersuchte mich ein Herr um die Zeitung, wenn ich mit ihr fertig wäre. Er sprach mich deutsch an, in der reinsten Blüte Sachsens. Ein Mann um die Dreißig war es. Sehr höflich, scharfe Züge, starker Schnurrbart, aber blasse. Wir kamen in eine gemütlche Unterhaltung.

### Aus den Lehrjahren.

Erzählung von Robert Schweißel.

1.

Unter den alten Linden auf der Felsen Terrasse, auf welcher der zierliche gotische Dom von Kaufmann über der Stadt thront, saßen zwei junge Männer, jeder in eine Ecke der Bank gedrückt. Sie blickten stumm über die untere Stadt hinweg auf den Genfer See und auf die Gebirge Savoyens, die jenseits das Gewir ihrer Schropfen, Zaden, Hörner und Schollen gen Himmel bäumten. Ein warmer Spätsommertag weigt sich zu Ende und goß den Zauber seiner weichen und reichen Farben über den samtblauen See, die Kastanienwälder drüben und die aus ihrem Grün nach aufsteigenden Felsen aus. Die Sonne war bereits hinter dem geraden Rücken des Jura versunken, und die breite Brust der Dent d'Oche, die als gewaltiger Gieppel des Rhonetales sich erhebt, begann zu erglänzen.

„Stöflich“, murmelte der ältere von den beiden, dessen Leuchers von der Sorgfalt zeugte, die er auf seine Erscheinung legte. „Gottvoll — wie am ersten Tage“, fuhr er fort, indem er sich aufrichtete und den blenden, zierlichen Schnurrbart strich, „aber fast immer dasselbe — langweilig — scheußlich.“  
Der andere sah ihn, ohne seine bequeme Lage aufzugeben, aus dunkel glänzenden Augen von der Seite an, lachte in seinen schwarzen Vollbart hinein und spötelte: „Freilich, mit Berlin verglichen, mit

über den andern.“ Der englische Nationalökonom untersucht dann weiter die wirtschaftliche Bedeutung der hohen Arbeitslöhne und ihren Einfluß auf die Gestaltung des Volkslebens und die Gesellschaft und wirft die Frage auf: „Muß die Verbesserung in der äußeren Lage der niederen Volksklassen als ein Vorteil oder ein Nachteil für die Gesellschaft betrachtet werden?“ und er antwortet darauf: „Die Antwort scheint mir auf den ersten Blick schon außerordentlich einfach zu sein. Diener, Handwerker und Arbeiter aller Art machen den weitaus größten Teil jeder bedeutenden Staatsgemeinschaft aus. Was aber die Lebensverhältnisse des größten Teiles verbessert, kann niemals als ein Nachteil für das ganze betrachtet werden. Es ist gewiß, daß kein Staat glücklich sein kann, wenn der größte Teil seiner Bürger arm und elend ist.“

In der Tat, hohe Arbeitslöhne und industrielle Leistungsfähigkeit sind, soweit alle Erfahrungen reichen, untrennbare Begriffe. Es ist kein Zufall, aber auch kein bloßes anthropologisches Massenmerkmal, daß der englische Arbeiter in dem, was Geschicklichkeit und Leistungsfähigkeit anbelangt, nicht nur den österreichischen Arbeiter bei weitem, sondern auch den kulturell über den österreichischen Durchschnittsarbeiter stehenden deutschen Arbeiter übertrifft. Hier zeigen sich eben alle Einflüsse einer besseren, auf höheren Löhnen und kürzerer Arbeitszeit gegründeten Lebenslage sehr deutlich. Die im allgemeinen höheren Lohnsummen, die zumindest die qualifizierten Berufsarbeiter Englands ihren deutschen und österreichischen Kollegen voraus haben, waren in vieler Hinsicht ein Segen für das Land. Sie erhöhten und belebten die Kaufkraft im Innern und durch ihre Mithilfe errang sich die Industrie eine Leistungsfähigkeit, die sie zu einem unüberwindlichen Konkurrenten auf dem Weltmarkt macht. Gerade das, was heute noch kurzfristige sozialpolitische Quacksalber von hohen Arbeitslöhnen vielfach befürchten: das Ausfließen des industriellen Kapitals, das aus Furcht vor den steigenden Produktionskosten andere Gebiete zu seiner Tätigkeit aufsuchen werde, hat sich in England nach keiner Richtung bewahrheitet. Die Webbs, als die besten Kenner englischer Wirtschaftsverhältnisse sagen hierüber:

„Das Kapital kann an und für sich weder Zins noch Profit hervorbringen und kann in der Tat nur in Verbindung mit einer leistungsfähigen Organisation der Industrie, einem ausreichenden Angebot fähiger Arbeiter und dem unentbehrlichen Elemente des Geschäftstalentes vorteilhaft angewendet werden. Wahrscheinlich würde die Rentabilität der englischen Industrie durch die Auswanderung aller qualifizierten Arbeiter in viel höherem Grade gefährdet werden als durch rein mechanische Geldanlagen in fremden Ländern. Jede Lohnsteigerung, die die fähigsten Arbeiter in der Heimat fest- und von der Auswanderung abhält, hat daher die positive Tendenz, die Profite in Eng-

land zu vermehren. . . . Wo die geschäftlichen Fähigkeiten sind, da wird auch das Kapital sein.“

Der höhere Lohn, den der Unternehmer seinen Arbeitern zahlt, schafft aber nicht das allein dafür entsprechende Äquivalent in Gestalt einer besseren und forcierten Leistung, er bietet auch den unmittelbaren Anlaß zur Ueberwindung aller rückständigen Produktionsbehelfe. Die steigende Bedürfnisentwicklung der Arbeiter, die den Unternehmer zum Auswerfen von höheren Lohnsummen zwingt, stärkt naturgemäß auch zugleich das Bestreben, durch produktionsstechnische Verbesserungen die Ertragsfähigkeit des Betriebes zu vergrößern, um wenigstens auf diese Art einer augenblicklichen Verfeinerung der Profitrate wirksam zu begegnen. Das einfache Mittel, auf rein mechanischem Wege die Lücke im Prozesse der Mehrwertbildung auszufüllen, versagt bei dem heutigen Stande der Wissenschaften erfahrungsgemäß nie. Gerade die amerikanische Industrie, die heute durch ihre fabelhafte Entfaltung dem europäischen Unternehmertum Angst und Schrecken einjagt, bildet für diese Veranschaulichung das lehrreichste Schulbeispiel. Ihr produktionsstechnischer Hochstand, die volle Ausnützung aller Fortschritte, die uns Chemie und Technik gebracht haben, in Verbindung mit guten, eine bessere Ernährung, Pflege und zweckentsprechende Schulbildung gewährleistenden Löhnen, haben hier die Expansionsfähigkeit des wirtschaftlichen Lebens beschleunigt, der Industrie konkurrenzfähige Stärke und Widerstandsfähigkeit verliehen. Schon vor mehreren Jahren hat auf alle diese Umstände ein einwandfreier Zeuge, der amerikanische Fabrikant Schönhof hingewiesen, indem er in einem von ihm veröffentlichten nationalökonomischen Werke schrieb:

„Der höhere Lohn, der in den Vereinigten Staaten vorherrscht, ermöglicht den Arbeitern eine bessere Lebensweise und Ernährung an Körper und Geist. Sie essen mehr und bessere Nahrung als irgendwelche Arbeiter Europas, und ihre Lebenshaltung ist eine höhere. Sie bedienen mehr Spindeln und Webstühle in der Textilindustrie.“

In der Stahlfabrikation, in den Kohlenbergwerken, beim Koken und dergl. bringt eine Anzahl von Arbeitern in derselben Zeit mehr Produkte hervor, als irgendwelche ihrer europäischen Konkurrenten. Sie arbeiten fetiger in jeder einzelnen Stunde ihres Arbeitstages. Die Stetigkeit des Arbeiters, das Hingeben seiner ganzen Energie an die Arbeit ist äußerst intensiv und nur möglich, wo gute Nahrung vorliegt. Jeder Moment wird benützt, um die größtmögliche Stückmenge zu erzielen, die seiner Maschine oder seinen Händen abgerungen werden kann.“

Die schließlichen Dauerfolgen, die niedrige Arbeitslöhne bewirken, sieht man aber auch dort, wo sich die Unternehmer von den geschilderten Motiven, die Produktion zu verbilligen, geleitet, dazu entschlossen, aus ärmeren und kulturell tief-

stehenden Gegenden Arbeiter für ihre Betriebe zu gewinnen. Die Absicht, diese als Konkurrenten gegen die anspruchsvollere industrielle Arbeiterschaft auszuspielen, versagte in vielen Fällen überall dort, wo die ganze Eigenart des Betriebes einigermassen Ansprüche an Kraft, Fertigkeit und Anpassungsfähigkeit der unmittelbaren Produzenten stellt.

Ueber einen solchen speziellen Fall aus Deutschland sagte der badische Fabrikinspektor Dr. Wörtschhofer in seinem Bericht für 1896 sehr zutreffend: „Wie wichtig eine gute Ernährung für den Arbeiter ist, sieht man erst dann mit aller Deutlichkeit, wenn Arbeiter von dürftiger Ernährung in eine Fabrikarbeit eintreten, die etwas mehr Ansprüche macht. So zog eine Fabrik Arbeiter aus armen und industrieloosen Gegenden des Oberrheins herbei; sie waren meist von dürftigem Ernährungszustande und zeigten sich für die an sich nicht gerade schwere Arbeit nicht ausdauernd genug. Die Erwartung, daß sich dies bei dem höheren Verdienste und der damit verbundenen reichlicheren und kräftigeren Ernährung bessern werde, ging nicht in Erfüllung. Die Folgen der zu dürftigen Ernährung in der Jugend konnten nicht beseitigt werden. Der Versuch des Herbeizuges von Arbeitern aus den genannten Gegenden wurde daher aufgegeben.“

Ein sehr naheliegendes Beispiel zu diesen Darstellungen bietet auch das böhmische Erzgebirge mit seinen ungemein niedrigen Einkommensverhältnissen. In Zeiten der guten Geschäftskonjunktur der nahe gelegenen west- und nordwestböhmischen Braunkohlenreviere war nämlich der Zuzug von Arbeitern aus dem Erzgebirge immer ein reger; fast immer aber zeigte sich auch hier, daß die schlecht genährten Erzgebirgsbewohner den Anstrengungen dieses neuen Berufes nicht nur nicht gewachsen waren, sondern auch keinerlei Anpassungsfähigkeit an die technischen Erfordernisse an den Tag legten.

Niedrige Arbeitslöhne sind also ein zweifaches Unglück für die Volkswirtschaft eines Landes. Sie unterbinden, wie schon Adam Smith treffend nachwies, die Kaufkraft des weitaus größten Teiles der Bevölkerung, und geben so zu den freihafteren Produktionsförderungen den geeignetsten Anlaß. Andererseits aber machen sie, wie alle Erfahrungen beweisen, jede produktive Tätigkeit unergiebig und verschlechtern gerade dort, wo die Güte der Waren für deren Konkurrenzbedingungen auf dem Weltmarkt eine Rolle spielt, diese in qualitativer Hinsicht und zwar nicht nur deshalb, weil der schlecht entlohnte und folglich auch schlecht genährte Arbeiter seine Fähigkeiten verliert, sondern auch deshalb, weil schlechte Löhne dazu beitragen, überwundene und technisch rückständige Betriebsrichtungen zu konservieren. Hoher Lohn schiebt den natürlichen Anreiz zur Ausnützung jeglichen Fortschritts in der Betriebsart in sich, hebt die Konsumtionskraft der Massen, sichert diesen eine anständige Ernährung und alle damit im mittelbaren Zusammenhange stehenden Voraussetzungen für erhöhte Leistungsfähigkeit. Daß

Journalist seines Zeichens, politischer Flüchtling, wie wir. Hat sich aus dem Maiaufstand in Dresden glücklich nach Zürich gerettet. Der Bundesrat hat ihm gestattet, jetzt sein Zelt hier aufzuschlagen, um Französisch zu studieren. Es wäre also somit ein Platz in Zürich leer.“

„Das ist in der Tat ein deutlicher Wink des Schicksals“, rief Schwandel erfreut, und Neuter fügte hinzu: „Freund Horn wird sich freuen, daß er, obgleich ein Bajubare, jetzt einen hat, mit dem er von seinem geliebten Elb-Alten schwätzen kann. Delmann heißt der Neuling. Möglich übrigens, daß er sich heute abend in unsere Höhle wagt. Es ist ja Sonabend, und ich habe ihn eingeladen, da er hier niemand kennt. Er ist erst jetzt gestern in Lausanne, wie er mir sagte. Wir werden ja sehen, ob er zu unserer Schwefelbade paßt.“

Unter der Schwefelbade begriff er die deutschen Flüchtlinge, welche in Lausanne ihren Zwangsaufenthalt hatten, und ihre Höhle, in der sie sich zusammenfanden, lag in dem oberen Teil der Burgstraße. Es war eine „Pinte“, eine Schenke, welche von den Bauern, die zu Markt kamen, von Winzern und Kleinbürgern fleißig besucht wurde, weil sie sicher waren, hier den Waadtländer Wein unversiegt und billiger zu trinken, als in den Cafés und Restaurants. Die geräumige Wirtstube schaute aus zwei großen Fenstern auf die Straße, der Eingang führte durch einen langen schmalen Gang. Elegante Möbel, Spiegel, Vergoldung gab es nicht. Wände und Decken waren weiß getüncht, aber ziemlich arg verträuchelt. Hinter langen, schweren

Lischen auf gekreuzten Bömen zogen sich Bänke von gebeiztem Holz an den Wänden hin, und auf der anderen Seite der Lische standen Stühle mit Sichen aus Strohgeflecht. Eine schmucklose eiserne Nöhre, die am unteren Ende von einer ähnlichen gekreuzt wurde, hing als Gaskrone von der geschwärzten Decke. Im Hintergrunde führte eine offenstehende Tür in den Schenkerstall, der durch gerillte Glasscheiben sein Licht aus der Wirtstube erhielt. Der Eingang in diese befand sich seitwärts, dicht vor dem Verschlage.

Die beiden offenbrennenden Gasflammen verbreiteten in der von blauem Tabakrauch erfüllten Wirtstube eine nur kümmerliche Helle, als Neuter und Schwandel bald nach 8 Uhr sich einstellten. Sie fanden bereits die Mehrzahl ihrer Schicksalsgenossen in der von Gassen ziemlich gefüllten Stube an dem gewohnten Tische, auf dem in Gläsern und weißen Schoppenflaschen mit weitem, trichterförmigem Halbe das Gold von La Cote blinkte. Die lebhaft unterhaltung wurde unterbrochen, um einander durch scherzhaftes Zurufe zu begrüßen. Die Ankömmlinge hatten sich eben bei den anderen niedergelassen, und der Wirt in Semdsärmeln und weißer Schürze brachte ihnen Wein, als aus der fernen Ecke am Fenster ein Mann, der dort schon eine geraume Weile allein bei seinem Schoppen gesessen hatte, aufstand und herantam.

„Ah, Herr Delmann“, rief Neuter. „Ich habe mir erlaubt, Ihrer freundlichen Einladung zu folgen“, sprach der Sachse verbindlich, indem er seinen grauen, weichen Hut lästete. Er

war überhaupt vom Kopf bis Füßen in grauen Stoff gekleidet.

„Ist recht“, nickte Arnold, und zu den anderen, die aufmerksam geworden waren: „Herr Delmann, ein Leidensgenosse, hat auf den Barrikaden in Dresden gekämpft! — Und jetzt sehen Sie sich zu uns.“

Herr Delmann erhob den Hut und lächelte verbindlich in die Runde. „Wenn Sie erlauben, hole ich erst meinen Wein.“

„Du, Horn“, rief unterdessen Schwandel und winkte mit den Augen nach dem Gast.

Der Angerufene hatte diesen mit seinen himmelblauen Kinderaugen gespannt betrachtet. Er hatte ein apfelrundes und barloses Gesicht mit etwas verschwommenen Zügen, und seine kaum mittelgroße Gestalt neigte zur Fülle. Er war der jüngste im Kreise. Ihn hatte weniger die Begeisterung für die Freiheit, als die für seinen schwärmerisch verehrten Meister Richard Wagner veranlaßt, neben ihm auf die Barrikaden von Dresden zu steigen. Richard Wagner hatte eine Zudrückt in Zürich gefunden, seinen Schüler hatte die Bundesregierung nach Lausanne geschickt, wo er eben anfang, als Musiklehrer einen Boden unter seinen Füßen zu finden.

„Sten! u halt mit!“ schüttelte er jetzt den Kopf.

„Über Du mußt ihn doch aus den Maitagen kennen. Flüsterte sein Nachbar, ein Mann mit bleichem, etwas finsterner Gesicht und einer harten, knochigen Stirn, von der er den Hut in den Nacken geschoben hatte. Er hatte bei Ausbruch des badischen Aufstandes als Tischlergeselle in Karlsruhe gearbeitet. (Fortsetzung folgt.)

die Volkswirtschaft eines Landes in den gut bezahlten Arbeitern einen der festesten Stützpunkte hat, ist eine alte Wahrheit, aber sie kann gerade bei uns nicht oft genug gepredigt werden. Fr. L.

### 500 Millionen neue Steuern.

rf. Das Deutsche Reich befindet sich seit Jahren in einer immer unangenehmer werdenden Finanzlemme. Die enorm wachsenden Bedürfnisse des Staates, vor allem die unproduktiven Ausgaben für Heer und Marine, Kolonien usw., haben es zugebracht, daß schon in den letzten Jahren die laufenden Einnahmen aus Zöllen und indirekten Steuern, bekanntlich die einzigen Einnahmen des Reiches neben einer sehr geringen Summe sogenannter Matrifularbeiträge der Einzelstaaten, nicht mehr ausreichten und daß aus diesem Grunde nach neuen Steuern gesucht werden mußte. Bereits im Vorjahr wurde eine Reichsfinanzreform verbrochen, von der heute alle Wissenden überzeugt sind, daß sie die erhoffte Sanierung der Reichsfinanzen nicht gebracht hat und nicht bringen konnte. Da ist zunächst die famose Fahrkartensteuer, die im Etatsjahr 1907 11 996 000 M. weniger ergab als vorgesehen war; die Erbschaftsteuer brachte 9 730 000 M. Minderertrag; die Lantiensteuer der Aufsichtsräte ergab 5 672 000 M. und die Automobilsteuer 1 873 000 M. weniger als der Vorausschlag. Und wenn in dem am 1. April 1908 abgelautenen Etatsjahr nicht noch die Zölle 44 Millionen Mehretrag gebracht hätten, neben einigen geringen Mehreinnahmen aus Salz-, Zigaretten-, Schaumwein- und Brausesteuer, letztere insgesamt zirka 4 Millionen, dann betrüge das jetzt in dem abgelautenen Steuerjahr verbliebene Defizit statt 13 843 000 M. sicher das Dreifache.

War der vorjährige Etat noch halbwegs zu bilanzieren, mit einem Defizit von fast 14 Millionen Mark, so ist schon in dem laufenden Jahr die Situation derart, daß mit einem Defizit von wenigstens 100 Millionen Mark gerechnet wird; allein die Zölle werden aller Voraussicht nach gegen den Vorausschlag um 93,78 Millionen Mark zurückbleiben. Bis jetzt hat die Einnahme aus den Zöllen, obwohl auf 66,61 Millionen Mark Mehretrag gerechnet ist, in keinem der abgelautenen fünf Monate die Höhe des Vorjahres erreicht. Unter dem Ausfall wird insbesondere auch der sog. Hinterbliebenenfonds schwer zu leiden haben, von dem bekanntlich die am 1. Januar 1910 ins Leben tretende Witwen- und Waisenversicherung zu decken wäre; im Jahre 1907 konnten ihm 42,33 Millionen Mark zugeführt werden, im laufenden Jahr wird kaum etwas übrig bleiben für die Ärmsten der Armen. Demgegenüber bringen aber die sog. Liebesgaben an die Agrarier gewaltige Mehrausgaben. Es sind an Ausfuhrprämien, die an die Agrarier zurückvergütet werden, in den Etat eingestellt: 34,30 Millionen Mark; in den ersten fünf Monaten sind davon schon 26,88 Millionen Mark verausgabt worden, so daß für diese Liebesgaben auf Kosten des erwerbstätigen Volkes eine große Mehrausgabe entsteht. Welchen Umfang die Getreideausfuhr schon erlangt hat, wird durch nachstehende Zusammenstellung bewiesen; es betrug die Ausfuhr im neuen Erntejahr, vom 1. August bis 30. September, in Doppelzentnern:

	1908	1907
Roggen . . . . .	1 870 681	405 573
Weizen . . . . .	719 625	260 706
Roggenmehl . . . . .	149 628	79 090
Weizenmehl . . . . .	258 625	159 336

Die verhältnismäßig günstige Ernte dieses Jahres wird somit dem deutschen Volke kein billiges Brot, sondern erhöhte Ausfuhrprämien bringen; dafür wird aber das Ausland das billige deutsche Brot sich ausgezeichnet bekommen lassen und Deutschland wird genötigt sein, einen großen Teil seines Bedarfs vom Ausland wieder hereinzuholen und dafür — Zoll zu zahlen. Nach einer Zusammenstellung der „Silber“ wurden im Jahre 1907 pro Kopf der Bevölkerung an Zoll bezahlt für:

Getreide und Hülsenfrüchte . . . . .	4,27 M.
Petroleum . . . . .	1,23 "
Kaffee . . . . .	1,21 "
Wein . . . . .	0,37 "
Holz . . . . .	0,33 "
Schmalz . . . . .	0,22 "
Süßfrüchte . . . . .	0,18 "
Eisenwaren . . . . .	0,14 "
Butter und Margarine . . . . .	0,13 "
Baumwollengarn . . . . .	0,12 "
Pferde . . . . .	0,12 "
Rinder und Schafe . . . . .	0,12 "

Trotz dieser ungeheuren Zollbelastung reichen aber, wie wir oben gesehen haben, die Einnahmen

noch lange nicht aus. Statt nun aber sich einer weisen Sparsamkeit zu befleißigen, wird einfach die Steuerfahraube einmal weiter herumgedreht, und die Ausgaben können gemacht werden — solange es eben geht. Für das laufende Jahr wird im Reichshaushaltsetat dadurch eine gewaltige Lücke entstehen, daß die neuen Steuern des Vorjahres voraussichtlich noch einen geringeren Ertrag als im Vorjahr abwerfen. Allein bei der sog. Erbschaftsteuer ergibt sich, die Erträge der jetzt verfloßenen fünf Monate auf das ganze Jahr umgerechnet, daß ein Ausfall, d. h. eine Mindereinnahme von 17 Millionen Mark zu erwarten steht; aus den gesamten neuen Steuern des Vorjahres wird sich, nach dem Ergebnis der fünf Monate geschätzt, ein Fehlbetrag von etwa 23 Millionen Mark ergeben; 23 Millionen Mark allein bei den zur Sanierung der Reichsfinanzen bestimmten Steuern Mindereinnahme, ungerechnet die Ausfälle an Zöllen und Verbrauchsabgaben und den sicher zu erwartenden Mehrausgaben; fürwahr ein trostloses Bild, das die Befürchtungen wegen des Defizits von wenigstens 100 Millionen Mark vollauf rechtfertigt.

Unferen sog. Finanzgenies ist diese trostlose Lage der Finanzen natürlich nicht unbekannt, und es werden zur Deckung des Defizits im laufenden Jahr und zur Bilanzierung des Etats pro 1. April 1909 nun allerlei Vorschläge gemacht, nicht etwa, wie das Defizit zu vermindern und schließlich durch Sparsamkeit bei den unproduktiven Ausgaben zu beseitigen ist, sondern auf welche Art am besten die fehlenden Einnahmen aus den Taschen des Volkes gedeckt werden können. Der Reichsschatzsekretär Sydow hat sich selbst der Arbeit unterzogen, in einem bürgerlichen Platte zur Sanierung der Reichsfinanzen seine Vorschläge in aller Öffentlichkeit zu machen. Nach seiner Mitteilung sollen nicht mehr und nicht weniger als 500 Millionen Mark notwendig sein zur Ausgleichung des Etats pro 1909, eine Summe, die bei der allgemeinen Finanzlage nur auf dem Wege der indirekten Steuern voll aufgebracht werden können. Die Arbeitervertreter im Deutschen Reichstag haben schon vor Jahren und seitdem bei jeder Gelegenheit den Vorschlag gemacht, zur Besserung der Reichsfinanzen eine progressive Reichseinkommensteuer, besonders auf die großen Vermögen einzuführen; der Vorschlag wird ohne Zweifel auch diesmal wieder gemacht werden, aber keine Gegenliebe finden, da die herrschenden Klassen die Begahlung der Kosten unferer ganzen Reichsherrschaft lieber anderen Leuten überlassen und nach dem Grundsatz: die Masse muß es bringen, keinen anderen Ausweg wählen wollen, als der breiten Masse des Volkes neue drückende, indirekte Steuern aufzuladen.

Wie die neuen Steuern im einzelnen aussehen werden, weiß bis heute noch niemand genau, daß es aber nur indirekte Steuern sein können, darüber ist sich alle Welt einig. Es sind bis jetzt nur einige Grundzüge der Öffentlichkeit preisgegeben, im übrigen läßt man das Volk in voller Unkenntnis der Dinge, die kommen sollen. Und den Grund der Geheimnisträumerei gibt die „Kreuzzeitung“ mit folgenden Worten an: „Wer sich daran erinnert, wie vor zwei Jahren die frühzeitige Bekanntmachung der damaligen Steuerpläne der Regierung zu einer Agitation gegen jede einzelne Steuer geführt hat, und wie die von den Steuern zunächst betroffenen Kreise versuchten, gegen jede einzelne Steuer einzunehmen, sie als höchst ungerecht, für verderblich usw. hinzustellen und so weitere Kreise gegen sie aufzuwiegeln, muß sich freuen, daß infolge der jetzt von der Regierung geübten Zurückhaltung die Zeit für diese Agitation möglichst gekürzt wird.“ Hier wird also offen zugegeben, daß man die Absicht verfolgt, das Volk mit den Vorschlägen zu überumpeln und seine Agitation gegen die Steuern unmöglich zu machen. Immerhin ist so viel in die Öffentlichkeit durchgedrungen, daß die organisierte Arbeiterschaft über die Absichten unterrichtet werden kann und dagegen eine Agitation zu entfalten in der Lage ist, wenn die Einzelheiten auch noch nicht genau bekannt sind.

Soweit es sich bis jetzt übersehen läßt, soll die bisherige Erbschaftsteuer in eine Nachlasssteuer umgewandelt werden, mit der Bestimmung, daß von allen Erbschaften im Betrage von unter 20 000 Mark eine geringe Abgabe zu leisten ist, die erhöht wird, wenn der Erblasser etwa aus irgendeinem Grunde seiner Willkürpflicht nicht zu geringen brauchte. Mit der Freilassung der Erbschaften geringen Betrages hofft man die breiten Schichten des Volkes auch für die Besteuerung der Erbschaften an Ehegatten und Kinder und für die versteckte Kruppelsteuer gewinnen zu können. Selbst wenn die Arbeitervertreter einer solchen unglücklichen Verquickung der Militäruntauglichkeit mit der Erbschaftsteuer zustimmen würden, was sehr unwahrscheinlich ist, scheitert die Nachlasssteuer sicher an dem Widerstand der Junker, die eine Ausdehnung auf

Ehegatten und Kinder nicht annehmen werden, sollte auch die ganze ihnen unangenehme Finanzreform scheitern. Die Regierung rechnet mit einer Staffellung von 1/2 bis 3 Proz. und einem Zuschlag von 1 1/2 Proz. für den Nachlaß der „Krüppel“ und hofft auf diese Weise auf einen Ertrag von 100 Millionen Mark; außerdem soll das Reich bei fehlendem Testament als Erbe vor entfernten Verwandten rangieren; ein Vorschlag, den Hamburger vor etwa Jahresfrist in der „Juristen-Ztg.“ machte.

Nach der Nachlasssteuer folgt dann eine lange Reihe indirekter Steuern: Zuerst die Biersteuer mit 100 Millionen Mark Ertrag, die Branntweinsteuer in Form des Kohlspritusmonopols mit ebenfalls 100 Millionen Mark Ertrag, die Zigarettenbändersteuer mit 60, die Elektrizitäts- und Gassteuer mit 60, eine Bändersteuer für Flaschenweine und die Inzeratensteuer mit je 30 Millionen Mark Ertrag. Endlich plant man eine Reform der Matrifularbeiträge in der Weise, daß statt wie bisher 40 Pf. künftig 80 Pf. pro Kopf der Bevölkerung von den Einzelstaaten an den Reichssäckel abzuführen sind; die Festlegung dieses Satzes soll aber gleich auf fünf Jahre erfolgen.

Ueber die Wirkung der indirekten Steuern ist sich die organisierte Arbeiterschaft von vornherein klar. Bei den Verbrauchsabgaben auf Bier, Branntwein usw. wird, obwohl eine Herabsetzung des Branntweinverbrauchs erwünscht wäre, die Wirkung eintreten, daß in erster Linie durch den Verbrauchsrückgang die Arbeiter der betreffenden Produktion geschädigt sind, der Arbeiter als Konsument hat aber für erhöhte Preise ein noch schlechteres Produkt als bisher zu erwarten. Und daß die Inzeratensteuer nicht von den Inzerenten getragen wird, sondern entweder zu einer Verminderung des Inzerierens oder einer Erhöhung der auf die Waren aufzuschlagenden Geschäftsspejen bedeutet, darüber ist niemand im Zweifel.

Eine Ungeuerlichkeit bedeutet aber insbesondere für das sonst angeblich so gehagte Klein-gewerbe die geplante Gas- und Elektrizitätssteuer, die denn auch besonders in dem an Kohle armen Süddeutschland seitens der Städte und der gekömmten Bevölkerung in rücksichtsloser Weise bekämpft wird. Man nennt diese Steuer eine Verdunkelungssteuer und trifft damit wohl die Bedeutung an. Nach den Mitteilungen soll sowohl Licht als Kraft verfeuert werden und die Steuer wird von den Konsumenten getragen werden müssen, obwohl die Produzenten sie zu zahlen haben werden.

Endlich zeigt uns die Erhöhung der Matrifularbeiträge und die Festlegung derselben auf 5 Jahre das unverhüllte Bestreben, dem Volke trotz neuer gewaltiger Lasten noch eine neue Rechte zu beschneiden und zu verflummern. Das Budgetrecht des Reichstags ist durch die von Bismarck gewählte Form der Einnahme durch Zölle und Verbrauchsabgaben ohnehin sehr beschränkt und basiert im wesentlichen auf der Bestimmung über die Höhe der Matrifularbeiträge, der Umlage auf die Einzelstaaten. Läßt sich das Volk auch diese Beschneidung seiner Rechte noch gefallen, dann gibt es auf dieser abschüssigen Bahn kein Halten mehr.

Für die organisierte Arbeiterschaft kann es sich jetzt nur darum handeln, einmal die Volksrechte nicht beschneiden zu lassen, andererseits von sich die Lasten abzuwälzen auf die leistungsfähigen Schultern der oberen Bejahntausend, die nicht so schwer zu tragen und insbesondere von den Wirkungen des Konjunkturrückganges fast nicht getroffen werden. In der konsequentesten Weise das Attentat auf seine Rechte und den Raubzug auf seine Taschen abzuwehren, sollte die verbliebenste Aufgabe der organisierten Arbeiterschaft in den nächsten Wochen sein.

### Wie nicht berichtet werden soll!

Der Presse als solche kann und darf es nicht einerlei sein, aus welchen Stimmungen heraus sie seitens ihrer Mitarbeiter und Berichterstatter mit Material versehen wird. Man braucht selbstverständlich gar nicht einmal bösen Willen vorauszusetzen, wenn man behauptet, daß ein nicht unanschulicher Teil des ar. die Presse Berichteten einer näheren Prüfung nicht standhält. Natürlich erzählt die große Außenwelt von diesem blutwenig, da alle anständigen Redaktionen die Sachen, die den Stempel der Unlautwürdigkeit an der Stirn tragen, ohne weiteres ceremoniell in den gefürchteten Papierkorb verschwinden lassen, wenn sie es nicht vorziehen sollten, eine Nachprüfung vorzunehmen. Selbstredend ist es hierbei gerade wieder die Arbeiterpresse, die besonders darauf achtet, daß sie nur Dinge berichtet, welche sie eventl. auch an Gerichtsstätte beweisen kann. Dem keine andere Presse erfreut sich eines größeren und aufmerksameren Studiums durch unsere Staatsgewalt als wie diese. Nun ist es keineswegs eitel Egoismus, keineswegs der Drang, daß eigene Wissen zu berichten,

welche es macht, daß sich die Arbeiterklasse so großer Beliebtheit bei den Behörden erfreut, sondern es ist die Sucht, die Arbeiterklasse in ihrem Fortkommen zu hindern. Aus den unscheinbarsten Worten werden oftmals den Redakteuren der Arbeiterpresse die größten Kapitalverbrechen zugeschoben, mit Bewundernswürdiger Logik wird etwas Gelegtes oder Gedrucktes ins Gegenteil verkehrt, um eben der Arbeiterpresse ein so die Hochschöbe hängen zu können. Das ist das System, ohne welches die Vera der wissenden Arbeiterklasse nicht auszukommen vermag. Das alles wissen die Vertreter der Arbeiterpresse ganz genau und weil sie das wissen, deshalb prüfen sie in der Regel alles zum Abdruck Bestimmte vorher ganz sorgfältig auf eventl. Ansehbarkeit.

Der Gewerkschaftspresser ergeht es nicht anders, ist sie doch ein Teil der Arbeiterpresse. Hier sind es die bevorzugtesten Hinstlinge der Staatsgewalt, die Arbeitgeber, anfangend vom Großfabrikanten bis herunter zum kleinsten Winkelbrauer, die teils durch eigenes Studium, teils aufmerksam gemacht durch die Einrichtungen der Arbeitgeberverbände, etwaige Kritiken der gewerblichen Unternehmungen dadurch zu unterbinden versuchen, daß sie möglichst oft die Verantwortlichen der Presse vor den Klavi ziehen. Das hohe Strafkontingent der Arbeiterpresse beweist das. Aus diesem ganzen Dilemma gibt es nur einen Ausweg und der besteht darin, daß eben, wie bereits gesagt, alles zum Abdruck Bestimmte ganz genau auf Unansehbarkeit geprüft wird. Einen wesentlichen Bestandteil dieser Prüfung bildet die Glaubwürdigkeit des Berichterstatters. Nur kann aber keine einzige Redaktion die Personen, mit denen sie zu verkehren hat, persönlich kennen. Darum besteht wohl bei allen Gewerkschaftsblätter die Bestimmung, daß Einwendungen für das Fachblatt seitens des örtlichen Bevollmächtigten auf ihre Richtigkeit nachgeprüft und diese Nachprüfung durch Ausdruck des Zustellstempels beglaubigt werden sollen. Leider wird nach dieser Richtung hin noch viel gesündigt. Wie oft passiert es doch, daß Einwendungen ohne diesen Stempelandruck bei der Redaktion eingehen und wenn als Folge davon diese unberücksichtigt bleiben oder eine Nichtsendung erfolgt, dann wird ganz gewiß über diesen starren Bureaualtrismus gezeitert, der „alle Luft zur Mitarbeit vernebelt“ oder gar als „Schlange gegenüber unserer Zustelle“ angesehen wird. Noch besser machen es andere Bevollmächtigte, die zu ihnen genehmer Zeit mitteilen, daß dieser oder jener Kollege einen Versammlungsbericht oder eine sonstige Notiz eingekandt hat oder noch einsehen wird, der „der Stempel fehlt“. Dabei wird dann oftmals ganz kategorisch gefordert, die Zusendung trotzdem zu berücksichtigen oder aber ganz naiv erludt, den „Abdruck ohne den Stempel zu bewerkstelligen, denn „er“ (b. h. der Berichterstatter) wird schon recht gemacht haben“. Das alles aber ist — mit Verlaub — Unsinn und zeugt von einer totalen Verkennung der Bedeutung des Stempelandrucks. Durch den Ausdruck des Stempels soll der örtliche Bevollmächtigte oder der Angestellte des Verbandes bezeugen, daß er mit dem Geschriebenen insofern einverstanden ist, als er mit bestem Gewissen die Richtigkeit des Geschriebenen bestätigen kann, denn nicht der einzelne Berichterstatter, sondern der örtliche Bevollmächtigte oder der Angestellte des Verbandes ist der Redaktion gegenüber der Verantwortliche. Selbstverständlich keine Regel ohne Ausnahme, die sich jedoch in unserm Falle nur soweit erstrecken kann, als der Berichterstatter der Redaktion persönlich bekannt und dessen Objektivität verbürgt ist. Und vor allem der letzte Punkt ist es, auf den alles ankommt. Manchem ist es schier unmöglich, irgendeine Sache objektiv anzusehen, ohne daß er sich dessen bewußt ist. Dafür ein Beispiel aus der Wirklichkeit. Im Vorjahre brachte die „Buchbinder-Zeitung“ eine längere Notiz, welche sich mit allerlei Mißständen eines Betriebes einer kleineren Provinzialstadt beschäftigte. Vor dem Abdruck waren alle Eventualitäten in Betracht gezogen worden, einige Kollegen waren bereit, die gemachten Angaben zugehend zu erharteten. Was vorausgesehen werden konnte, geschah. Der betreffende Unternehmer strengte eine Verleumdungsklage an und eine ganze Reihe Kollegen wurden kommissarisch vernommen. Wer vermag sich aber die Situation vorzustellen, als es bekannt wurde, daß jeder einzelne der Zeugen bei der kommissarischen Vernehmung total verweigerte, daß auch nicht einer von ihnen das aufrechtzuerhalten vermochte, was er mit heiligen Eiden zu erharteten bereit gewesen war. Die Folge davon war, daß die gemachten Angaben als unwahr zurückgenommen werden mußten und daß der Verbandskasse ganz erhebliche Kosten verursacht wurden. Solche Erfahrungen aber sind es, welche dazu führen, daß an dem angeblich starren Bureaualtrismus unbedingt festgehalten werden muß, daß eine peinlichst genaue Prüfung aller Zusendungen stattfindet. Denn leider nur zu oft erfolgt eine Einwendung aus andern Gründen als den allein richtigen: der Sache zu dienen. Leider nur zu oft sind es persönliche Momente,

die ein gewichtiges Wort mitsprechen. Oder kann man es als sachlich begreifen, wenn jemand, der schon jahrelang in einem Betriebe tätig ist, aus diesem aus irgend welchen Gründen ausscheidet, nur auf einmal entdeckt, daß in dem Betriebe eine ganze Reihe Mißstände vorhanden sind, welche geäußert werden müssen? Der Beschäfer dieser Frage werden es wohl bereuenfeln Iwenige sein. Ueberhaupt spielt das persönliche Moment eine sehr große Rolle. Das kam in überaus drastischer Weise in einer Zuschrift eines unserer Mitglieder zum Ausdruck, die wir vor wenigen Tagen erhielten und die eigentlich diese ganze Notiz verursachte, zeigt sie doch überaus augenfällig, wie nicht berichtet werden soll. Der Betreffende schrieb:

Wertes Kollege!

Um vor Arbeitsaufnahme nach . . . . . zu warnen, möchte ich ersuchen, nachstehendes in die „Buchbinder-Zeitung“ aufzunehmen:

Eine dauernde Stelle im Pferdefall!

Durch den Arbeitsnachweis unseres Verbandes in . . . . . wurden vor vier Wochen 3 bis 4 Tischarbeiter (Kartonnager) nach . . . . . gesucht. Ohne vorher auf mein Schreiben Antwort abzuwarten, fuhr ich hin und bin ich sofort eingestell worden. Man hat mir eine dauernde Stelle versprochen. Nachdem ich 8 Tage gearbeitet habe, sagte mir der Chef, ich soll im Afford arbeiten, da er nicht auskommt und zusehen muß. Die Affordarbeit mußte ich ablehnen, da ich voraussaß, daß ich sonst nicht auf meinen Lohn kommen würde, denn die Räume sind zu klein. Der Zuschneidebaum ist 3 m 80 cm x 6 m groß. In demselben befinden sich 9 Maschinen und 2 Dfen. Der Klebebaum diente früher als Pferdefall und man sieht heute noch die gemauerte Pferdekrappe. Der Raum ist 3,50 m lang und 2 m breit. Zu demselben stehen zwei Tische einer 2 m lang und einer 1 m lang und 90 cm breit. Es werden Kartons für Modistinnen gemacht, die von ziemlicher Größe sind. Auch Lagerkartons von 40x70x45 sind keine Seltenheit. Außer mir sind noch 2 Mädchen im Kleberaum, die erst etliche Wochen im Beruf tätig sind. Jeder Kollege wird sich das Arbeiten vorstellen können in so einem Raum und mit Mädchen, die erst angeleert werden sollen. Aus diesen Gründen war ich gezwungen, auf die Affordarbeit zu verzichten, so daß die dauernde Stelle bloß 3 1/2 Wochen dauerte.

Der Inhalt dieses Schreibens beruht auf reiner Wahrheit.

(Unterschrift).

Man ist schließlich verschiedenes gewöhnt, aber daß einer im Pferdefall arbeiten soll, das ging dem doch übers Wohlgefallen. Trotz der Versicherung, daß das Schreiben auf reiner Wahrheit beruht, wurden die notwendigen Erkundigungen an Ort und Stelle eingezogen. Da wurde uns denn auch die Mitteilung, daß das Schreiben auf reiner Wahrheit beruhe, aber der Einsender hatte vergessen, noch einige Tatsachen anzuführen, die die ganze Angelegenheit in wesentlich anderem Lichte erscheinen lassen. Auf unsere Ermittelungen erfuhr wir folgendes: Der betreffende Unternehmer beabsichtigte infolge größerer Aufträge den Ausbau eines großen Lageraumes zu Fabrikzwecken. Die Vergrößerung des Betriebes brachte es mit sich, daß er sich nach geübten Tischarbeitern umseh, um bei der Aufnahme dieses nicht an Arbeitermangel zu leiden, sondern den vollen Betrieb in Tätigkeit setzen zu können. Auch der Einsender obigen Briefes hörte davon und er wandte sich brieflich an die Firma. Er wartete aber, wie er selbst zugibt, keine Antwort ab, sondern fuhr direkt nach der betr. Stadt, da er seiner Angabe nach 16 Wochen arbeitslos und aus-gesteuert war. Nun waren aber die Umbauten im neuen Arbeitsraum noch nicht fertig. Der Unternehmer stellte das dem Kollegen vor und — dieser erklärte sich damit einverstanden, bis zur Fertigstellung des neuen Arbeitsraumes in den Kleinen, nebenbei bemerkt, sehr sauberen hergerichtetem Raum zu arbeiten. Gätte er das nicht getan, dann hätte ihn der Unternehmer nicht einstellen können. So liegen die Dinge und nur vergleiche man den Brief des Kollegen mit der dazu gegebenen Ergänzung, und den wollen wir sehen, welcher das Schreiben des betr. Kollegen als objektiv anzuspochen geneigt ist. Dieser Fall bestärkt uns aber aufs neue darin, daß alle Zuschriften genau und sorgfältig geprüft werden müssen, und die dringende Mahnung an unsere Berichterstatter beknüpfen wir damit, nur objektiv zu berichten und lieber etwas ungesagt sein lassen, was man nicht voll verantworten kann. Unsere Bevollmächtigten aber und auch die Angestellten des Verbandes werden die Bedeutung des Stempelandrucks auf die Einwendungen und die ev. Aufforderungen auf Prüfung von solchen mit anderen Augen ansehen, als dies bisher vielfach geschah, wo all und jedes Verlangen als Ausfluß eines überflüssigen und lästigen Bureaualtrismus angesehen wurde.

Nun kann man ohne weiteres annehmen, daß die Veräufertattung in unserem Verbaade — die jetzt schon eine äußerst minimale ist — noch um etwas weiter zurückgehen wird. Das ist natürlich sehr bedauerlich, und wir wollen nur hoffen, daß unsere Ahnung sich nicht erwahrheitet. Es ist im Interesse unserer Sache unbedingt notwendig, daß wir uns bei unseren Darstellungen strengster Objektivität befleißigen, da Behörden und Unternehmern nur immer die Gelegenheit abzugeben suchen, der Arbeiterfrage zu schaden. Diesen können wir uns nur erwehren, wenn unsere Veröffentlichungen absolut einwandfrei sind. Aber selbst wenn wir uns nicht dieser liebevollen Aufmerksamkeit seitens unserer Gegner zu erfreuen hätten, würden wir danach streben, immer nur das zu sagen, was wirklich ist. Zum Erstarken der Arbeiterklasse trägt ihre Sachhaftigkeit nach innen und außen ein gutes Teil bei, und auch unsere Kollegenschaft wird sich dessen bewußt sein und in Zukunft etwas mehr als bisher ihre Presse, ihre Vertreterin nach außen, unterstützen. Das ist es, was wir uns wünschen, und was bei einigermaßen gutem Willen auch durchgeführt werden kann. Und wenn dann dabei der Grundton dieser Zeilen Berücksichtigung findet, dann ist ihr Zweck erreicht.

Die Verschmelzung des Portefeuller-verbandes mit dem Sattlerverbände.

Die Verschmelzung dieser beiden Verbände ist nicht nur eine innere Angelegenheit der direkt Beteiligten, sondern muß auch uns interessieren und dürfte es sich lohnen, einige Betrachtungen daran zu knüpfen. Dies um so mehr, als der Buchbinderverband seit jeher die Portefeuller organisiert hatte und ihm auch ein Teil bis heute noch treu geblieben sind.

Zu den Kritikern der „Portefeuller-Zeitung“ und in Versammlungen, die sich mit diesem Thema beschäftigten, wurde unter anderem besonders auf die immer mehr zu Tage tretende verwandtschaftliche Art der Produktion beider Verbände (Sattler und Portefeuller) hingewiesen, die es angezeigt sein läßt, eine Zusammenlegung beider Verbände vorzunehmen. Ohne Zweifel würde dieser gemeinsame Verband bedeutend leistungsfähiger sein, als jeder einzeln, seine Macht würde dem Unternehmertum gegenüber viel größer sein, als es gegenwärtig der Fall ist und dieses Letztere wäre ja im Interesse der Portefeuller besonders von Nutzen.

Bejaht man nun auch die Berührungspunkte beider Berufsarten, so darf man aber doch auf der anderen Seite auch nicht verkennen, daß innerhalb des „Portefeullerverbandes“ ein Teil Kollegen organisiert sind, die absolut nichts mit den Sattlern gemein haben und die infolgedessen von der geplanten Verschmelzung gar keinen Vorteil hätten. Ja, man gehe wohl nicht fehl, wenn man der Meinung Ausdruck gibt, daß die in Betracht kommenden Kollegen, die als Galanteriearbeiter auf Photographiealben, Schmuckkästen, Kassetten, Postkalender, Blocks, Notes usw. beschäftigt sind, bei einer eventuellen Verschmelzung ihre Interessen weit besser wahren würden, wenn sie sich darauf besinnen, daß sie mit den im Deutschen Buchbinderverband organisierten Galanteriearbeitern und Buchbindern weit mehr Berührungspunkte haben, als mit den Sattlern und es daher für sie vorteilhafter wäre, sich dem Buchbinderverband anzuschließen, da ein Teil von ihnen sicherlich schon vor der Gründung des Portefeullerverbandes angehört. Sie würden als vollberechtigte Mitglieder übernommen und ihnen ihre Mitgliedschaft im Portefeullerverband zur Anrechnung gebracht werden.

Unsere Kollegen, die in den Berufen mit Angehörigen des Portefeullerverbandes zusammen tätig sind, dürfte sich wohl Gelegenheit bieten, diese darauf hinzuweisen, daß die oben angezogenen Spezialarbeiter — vornehmlich solche, die von der geplanten Verschmelzung nichts wissen wollen — in ihrem eigenen Interesse besser täten, sich dem Deutschen Buchbinderverband anzuschließen, diesem ihre Interessenvertretung anzuvertrauen.

Der Zweck dieser Zeilen wäre erfüllt, wenn sie die für unseren Verband eventuell zu gewinnenden Kollegen über ihre wahren Interessen aufklären und ein diesbezügliches Echo wecken würden. th

Internationales.

Schweden. Die Aussperrung in Stockholm und Esilstuna. Der Staatsbeamte zur Vermittlung in Arbeitsfreitragkeiten des Stockholmer Bezirks hat sich Mitte dieses Monats sowohl an die Vertreter der Buchbindermeister wie an die unserer Kollegen gewandt, um zu hören, ob es jetzt möglich sei, dem langwierigen Kampf ein Ende zu machen. Die Arbeitgeber erklärten jedoch, daß sie nun nicht mehr willens seien, irgend welche Verbesserungen des alten Tarifs zuzugestehen. Sie wollten nur noch die

Löhne zahlen, wie sie im alten Tarif festgesetzt waren, also als höchsten Tariflohn für Gehilfen 25 Kronen die Woche oder 48 Dene Stundenlohn, für die Arbeiterinnen 14,50 Kronen die Woche oder 25 Dene die Stunde. Den feinerzeit vom Vermittlungsbeamten empfohlenen Vergleichsvorschlag könnten sie jetzt nicht mehr annehmen, weil sie sich doch etwas Entschädigung für die ihnen durch die Handlungsweise der Arbeiter zugefügten Widerwärtigkeiten verschaffen müßten. So sagten sie. Tatsächlich haben ja die Arbeitgeber selbst sich diese Widerwärtigkeiten geschaffen. Sie waren es doch, die vor nunmehr 14 Wochen durch Anschlag in den Werkstätten bekannt gaben:

„Vom Montag, den 13. Juli 1908, hört auf der Werkstatte die Arbeit auf für alle Arbeiter, die dem Buchbinderverein oder dem Schwedischen Buchbinderverband angehören.“

Der Buchbindermeisterverein.“ Für den Schaden, den die Buchbindermeister sich selbst durch die Aussperrung zuzügten, sollen also unsere Kollegen büßen. Aber dazu wird es schwierig kommen. Denn trotz der langen Dauer des Kampfes stehen die Buchbinderarbeiter und Arbeiterinnen noch ungeschwächt da. Kaum 10 sind abträglich geworden, und diese sind meist blutjunge Mädchen, die nicht viel leisten. Dazu kommen einzelne Personen, die schon vom Jahre 1899 her als Streikbrecher bekannt und wohl als solche unverbesserlich sind.

Leider wird uns auch mitgeteilt, daß einige deutsche Buchbinder nach Stockholm gekommen und mehrere dorthin unterwegs sein sollen. Es mag das für unsere deutschen Verbandskollegen eine Mahnung sein, von neuem alles aufzubieten, um wenigstens aus unserem Lande den Zugang von Streikbrechern nach Schweden zu verhindern. Dauernden Vorteil hat noch keiner davon gehabt, daß er schwedischen Arbeitern bei ihren Lohnkämpfen in den Rücken fiel. Auch wer es jetzt unternimmt, unseren Kollegen den Kampf zu erschweren, wird sicherlich in Schweden keine bleibende Stätte finden, und im übrigen wird auch in der Heimat sein Name nicht unbekannt bleiben.

Die Stockholmer Buchbindermeister hatten bekanntlich durch geheime Rundschreiben den schönen Plan eingeleitet, die Aussperrung auf das ganze Land auszudehnen. Wir zweifelten von vornherein daran, daß ihre Meisterkollegen in den vielen Kleinstädten Schwedens dieses gefährliche Experiment unternehmen würden. Bisher ist dem auch kein Angelegenheit dafür vorhanden, daß der Plan verwirklicht werden sollte; wenigstens beschränkt sich die Aussperrung bis jetzt noch auf die schwedische Hauptstadt und auf Esthina. Wahrscheinlich haben die Aussperrungsherren gehofft, daß der 1. Oktober, der Miettag, unsere Kollegen zwingen würde, sich bedingungslos zu unterwerfen. Aber sie halten noch ebenso fest und treu im Kampfe aus wie vormals. Uebrigens war unser schwedischer Bruderverband auch in der Lage, größtenteils aus eigenen Mitteln nicht weniger als 16 000 Kronen für Mietsentschädigung an die ausgesperrten Kollegen und Kolleginnen zu zahlen.

### Die Sterblichkeit in der Stadt und auf dem Lande.

Von Dr. med. W. S a n a u e r = Frankfurt a. M.

Die Frage der Gesundheitsverhältnisse des platten Landes ist auf den hygienischen Kongressen der letzten Jahre mehrfach zur Behandlung gelangt. Vieles, sehr vieles hatten die Referenten da zu tabeln, und beim Vergleich mit den städtischen Verhältnissen ist das Land sehr schlecht weggekommen. Bei den innigen Verkehrsbeziehungen, die zwischen Stadt und Land herrschen, werden die Gesundheitsverhältnisse des letzteren vielfach als Gefahr für die Stadtbewohner bezeichnet. Nicht genug damit, gehen einige Schriftsteller noch einen Schritt weiter und sie erklären, die alte Anschauung, daß das Leben auf dem Lande gesund, das in der Stadt ungesund sei, nicht mehr zutreffend, vielmehr seien die Rollen vollständig zwischen den beiden getauscht worden. Es wird dies einfach mit den Ziffern der Statistik zu beweisen gesucht. Man weiß darauf hin, daß die Sterblichkeitsziffer auf dem Lande stationär bleibe, in den Städten dagegen stetig absinke, so daß das Land seinen ehemals enormen Vorrang fast völlig eingebüßt habe. Betrachtet man die Sterbeziffern an und für sich, so sind diese in den Städten tatsächlich geringer wie auf dem platten Lande. In Preußen war z. B. im Jahre 1894 die Sterbeziffer in den Städten 22,6, auf dem platten Lande dagegen 23,7; im Jahre 1900 betrug sie in den 14 württembergischen Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern 21,78, im ganzen Lande dagegen 24,44 Proz. Dasselbe ist auch für Bayern zutreffend. Es wäre aber ein fundamentaler Irrtum, wollte man aus diesen rohen Ziffern zu ungunsten des Landes Schlüsse ziehen, denn wenn man irgendwie vorsichtig in der Handhabung der Statistik sein muß, so ist es im vorliegenden Fall am Platze. Denn die Sterblichkeits-

ziffer eines Ortes ist in erster Linie abhängig von der Alterszusammensetzung seiner Bewohner. Jeder Altersklasse kommt aber eine bestimmte Sterblichkeitsquote zu, die am größten bei Kindern und Greisen, am geringsten naturgemäß bei den im jugendkräftigen Alter stehenden Individuen von 20—40 Jahren ist.

Es ist nun überraschend, wahrzunehmen, in welcher Weise der „Zug in die Stadt“ die Sterblichkeitsziffer von Stadt und Land beeinflusst. Auf dem Lande werden mehr Kinder geboren wie in der Stadt, dementsprechend ist auch die Kindersterblichkeit eine hohe, die jungen Leute aber strömen legionenweise in die Stadt, um hier besseren Verdienst zu erlangen. Es sind die Lebenskräftigsten und gefundesten Elemente, die auf diese Weise dem Lande entzogen werden. Sie werden als Regeneratoren der städtischen Volkskraft bezeichnet. Sie sind es, welche die städtischen Sterbeziffern verringern, aber auch die Kriminalität derselben erhöhen. Später erfolgt wieder eine Abwanderung der älteren Leute von der Stadt auf das Land, was man u. a. bei den Jubiläenentern wahrnehmen kann. Daher ist die Zahl der älteren Leute wiederum auf dem Lande größer wie in der Stadt, und da diese natürlich eine erhöhte Sterblichkeit aufweisen, so gibt sich auch dieser Umstand wieder in einer erhöhten ländlichen Sterbeziffer zu erkennen.

Berechnet man in Stadt und Land eine besondere Sterbeziffer für jede einzelne Altersklasse, so ergibt sich, daß diese fast überall in der Stadt höher ist als auf dem Lande. Wenn trotzdem die Gesamtsterbeziffer unter der städtischen Bevölkerung niedriger ist, wie in der ländlichen, so ist dies eben nur durch das Ueberwiegen der im kräftigen Mannesalter stehenden in der Stadt zu erklären; beweist demnach nicht das geringste für die besseren Gesundheitsverhältnisse in den Städten gegenüber dem Lande.

Neben der Alterszusammensetzung der Bevölkerung werden die Gesundheits- und Sterblichkeitsverhältnisse in Stadt und Land aber auch noch von anderen Faktoren beeinflusst. Da ist zunächst ein gewisser territorialer Einfluß nicht zu verkennen, demzufolge gewisse Gegenden und Landstriche eine niedrige Sterblichkeit aufweisen, andere eine höhere, was Stadt und Land in gleicher Weise trifft. Des weiteren kommt in Betracht die Art und Weise des Berufes, der Wohnung, Ernährung, die gesamten Lebensverhältnisse, namentlich im Hinblick auf Mäßigkeit und Nüchternheit, endlich die Einwirkung von außen wirkender infektiöser Agentien.

Von ungeheurer Wichtigkeit für die Sterblichkeit ist der Beruf. Es gibt gesunde und ungesunde Berufsarten, zu den gesündesten gehört aber die Landwirtschaft. Prof. Ferner berechnete für die Schweiz, daß die Angehörigen der Landwirtschaft die geringste Sterblichkeitsziffer aufweisen gegenüber den Handwerker und Industriearbeitern. Da aber der größte Teil der auf dem Lande lebenden Bevölkerung den landwirtschaftlichen Beruf ausübt, so muß das auch in der Sterblichkeitsziffer zum Ausdruck gelangen. Namentlich wird die landwirtschaftliche Bevölkerung sehr wenig von der Tuberkulose befallen, im Gegensatz zu den städtischen Industriearbeitern. Dieser Umstand ist wesentlich darauf zurückzuführen, daß die Berufsarbeit der Landwirte im Freien ausgeübt wird. Auch die Wohnungsverhältnisse sind auf dem Lande durchweg günstiger wie in der Stadt, und wenn es auch nicht zutreffend ist, wie man früher angenommen hat, daß ein ausgeprägter Parallelismus besteht zwischen Bevölkerungsdichte und Sterblichkeitsziffer, so ist doch leicht nachzuweisen, daß in denjenigen großstädtischen Distrikten die Sterblichkeit am größten ist, wo die Bevölkerung am dichtesten wohnt.

Nicht minder, wie hinsichtlich der Wohnungsverhältnisse, ist auch im Hinblick der Ernährung die ländliche Bevölkerung durchschnittlich besser gestellt, wie die großstädtische Industriebewölkerung. Man verzehrt dort zwar wenig Fleisch, dagegen spielen die nahrhaften Milch und die Milchprodukte, sowie die pflanzlichen Nahrungstoffe eine Hauptrolle bei der Ernährung. Was aber dem Lande in hygienischer Hinsicht den größten Vorzug gibt vor der Stadt, das ist die ruhige, mäßige und nüchterne Lebensweise der Bewohner. Man kennt dort nicht die aufreibende Hast im Kampfe ums Dasein, nicht die Vergnügens- und Genußsucht der Städter, nicht die Aufreibung der Nerven und nicht die Schädigungen der Volksgesundheit durch den Alkohol und die Syphilis. Der ruhigen und gleichmäßigen Lebensweise auf dem Lande, sowie dem viel selteneren Vorkommen der Trunksucht ist es auch zuzuschreiben, daß Geisteskrankheiten bei den Landbewohnern viel seltener zum Ausbruch kommen wie bei den Städtern.

Nur in einer Hinsicht sind die Städte dem Lande zweifellos überlegen, nämlich hinsichtlich der Sterblichkeit an gewissen ansteckenden Krankheiten, an

Typhus, Scharlach, Diphtherie und Kindbettfieber. Auf diesen Gebieten hat die städtische Hygiene wahrhaftige Triumphe gefeiert, und wenn die Sterblichkeit in den Städten ständig absinkt, so ist dies in erster Linie der Abnahme des Typhus und anderen Infektionskrankheiten zuzuschreiben. Hier ist tatsächlich das Land zurückgeblieben, namentlich hinsichtlich Vorkehrungen für eine rationelle Wasserzuführung und Abfallbeseitigung. Deren Beschaffenheit läßt noch viel zu wünschen übrig, was teilweise an der Gleichgültigkeit der Landbevölkerung und der mangelnden hygienischen Auffklärung liegt, teilweise aber auch an der Armut der ländlichen Gegenden.

Daß auf dem Lande viel mehr Frauen an Kindbettfieber, an den Folgen der Entbindung sterben, als in der Stadt, ist zweifellos darauf zurückzuführen, daß in der Stadt die gerade in diesen Fällen so notwendige ärztliche Hilfe rascher zur Stelle ist wie auf dem Lande, ferner, daß das Gebärmenpersonal besser geschult und mehr an Reinlichkeit gewöhnt ist wie auf dem Lande. Interessant ist, daß daneben trotzdem mehr Totgeburten in der Stadt sich ereignen wie auf dem Lande, zweifellos eine Folge der größeren Verbreitung der Geschlechtskrankheiten in der Stadt. Ebenso erklärt sich leicht die größere Kindersterblichkeit in der Stadt infolge Magenstörungen durch die schlechtere Beschaffenheit der Ernährung, namentlich der Milch.

Sehr beachtenswert ist noch die Feststellung von Geheimrat Dr. Nahts in den „Medizinalstatistischen Mitteilungen aus dem Kaiserlichen Gesundheitsamte“, daß in den Städten das Absterben der Leute von 60 und mehr Jahren durchweg schneller erfolgt und Altersschwäche seltener die Todesursache bildet wie auf dem Lande.

### Korrespondenzen.

Schweden: Stockholm und Esthina sind gesperrt.

Ungarn: Infolge Lohnbewegungen sind gesperrt: Arad, Deb, Raab, Miskolcz, Großwardein und Temesvár.

R a i n: Gesperrt ist Agrar.

Die wirtschaftliche Krise macht es unseren Mitgliebrn mehr als je zur Pflicht, vor jedem Stellungswechsel bei den örtlichen Bevollmächtigten Erkundigungen nach den Lohn- und Arbeitsbedingungen einzuholen. Die bestehenden tariflichen Abmachungen müssen strengstens eingehalten werden, und darum ist es unerlässlich, daß Vorstehendes genau beachtet wird.

In Karlsruhe, Aachen, Düsseldorf, M.-Glabbach und Köln befindet sich unsere Kollegenchaft in einer Tarifbewegung. Bei eventuellem Stellenwechsel resp. Arbeitsangeboten aus diesen Städten wende man sich unter allen Umständen an die betreffenden örtlichen Bevollmächtigten um Auskunft.

Infolge Maßregelung eines unserer Kollegen sind bei der bekannten Buchdruckerei und kartographischen Anstalt von G. Westermann in Braunschweig Differenzen ausgebrochen und ist darum Zugang fernzuhalten. Bei Arbeitsangeboten aus Braunschweig erkundige man sich bei dem örtlichen Bevollmächtigten.

München. Am Montag, den 12. Oktober, hatte das Graphische Kartell wieder einmal die graphische Arbeiterschaft zusammenberufen, diesmal um einem vorläufigen Referate des Gen. Farrer Pfleger aus Zürich in nachdrücklicher Weise zu lauschen. Erfreulicherweise fand sich auch eine ansehnliche Anzahl Kolleginnen ein. Der große Saal des Münchener Kindellerns war von zirka 2000 Personen besetzt. Als Thema hatte Genosse Pfleger gewählt: „Die politische und industrielle Demokratie“. Folgende der „Münchener Post“ entnommenen kurzen Darlegungen dürften von allgemeinem Interesse sein, zumal sie von berufener Seite stammen. Nach diesen war der Kern der Pflegerischen Ausführungen in nachstehendem zu sehen: Im 19. Jahrhundert zog eine mächtige Flutwelle demokratischer Bewegung durch die Lande, die heute im 20. Jahrhundert noch keineswegs abgeflutet ist. Die Organisation des Staates, der durch brutale Gewaltmittel gegründet wurde und ein Mittel zur Unterdrückung der Massen in der Hand mächtiger Herrscher war, wurde durch ständige Kämpfe derart modifiziert, daß immer neuen Schichten der Bevölkerung ein gewisser Einfluß auf die öffentlichen Angelegenheiten eingeräumt werden mußte. Das Ziel jeder demokratischen Bewegung kann aber kein anderes sein, als die reine Demokratie, in der jeder gereifte und geistig gesunde Mensch an den öffentlichen Angelegenheiten teilnimmt, die jedem einzelnen sicheren Schutz und überdies freier Spielraum für seine persönliche Entwicklung gewährt; denn der Staat ist um des Menschen willen da, nicht umgekehrt. Redner entwirft dann ein Bild von

den verschiedenen bestehenden Staatsformen, den Autoritätsstaaten, den monarchischen Staaten und den parlamentarisch-konstitutionellen Staatsformen, welche letztere sich allmählich die Welt erobert habe. Nein politische Demokratie aber, in der allgemeines und direktes Wahlrecht für Männer und Frauen besteht, in der das Volk direkt an der Gesetzgebung teilnimmt, in der nach dem Proportionalverfahren gewählt wird, besteht nur noch in einigen Kantonen der Schweiz und in Zürich und wird in einigen Staaten Amerikas angestrebt. Die politische Freiheit ist aber noch nicht die wahre und vollkommene Freiheit. Daher darf sich auch die demokratische Entwicklung nicht erschöpfen in der formalen demokratischen Ausgestaltung des Staatswesens, der demokratischen Form muß vielmehr auch der demokratische, soziale Inhalt gegeben werden, die wirtschaftliche Gerechtigkeit. Es muß das absolute System im Unternehmertum ersetzt werden durch die konstitutionelle Verfassung im wirtschaftlichen Leben. Einen wichtigen Schritt auf dem Wege zur industriellen Demokratie bilden die Tarifverträge, die eine teilweise Verbesserung der Arbeitsbedingungen brachten. Aber damit kann sich eine industrielle Demokratie keineswegs zufrieden geben. Warum sollte die Arbeiterschaft nicht bei der Art des Betriebes ein wichtiges Wort mitreden, warum sollte sie nicht einem rücksichtlosen Unternehmer im Tarifvertrag vorzuziehen, welche Werkzeuge, welche Maschinen anzuschaffen sind? Sollte sie nicht gefährliche und gesundheitsgefährliche Arbeitsmethoden einfach ausschalten können? Sollte sie nicht dem Unternehmer Fragen können, wie viele Arbeiter zur gefahrlosen Durchführung einer bestimmten Arbeit nötig sind? Aber die soziale Entwicklung auf diesem Gebiete wird noch viel weiter gehen: Die Arbeiterschaft wird auch ein Wort reden betreff Übernahme oder Nichtübernahme von Bestellungen, betreff des Bezuges der Rohprodukte und ihrer Preise. Die Arbeiterschaft eines Betriebes wird sich kümmern um die Arbeits- und Lohnverhältnisse der Arbeiter der Lieferanten der Rohprodukte. Und wenn also das Recht des sogenannten Herrn im Hause immer mehr geschwächt ist, wird auch kein Arbeitgeber mehr seine Produkte verkaufen können, ohne daß die Arbeiterschaft weiß, wie viel er dafür erhält. So kommen wir zur industriellen Demokratie und an Stelle des absolutistischen Kapitalismus, der jetzt im Fabrikbetrieb, im wirtschaftlichen Leben herrscht, wird langsam aber sicher das konstitutionelle System treten. Die politische Demokratie und die industrielle Demokratie aber, sie gehören zusammen. Und die politische Demokratisierung der Wähler, die uns heute nach dem berühmten Worte eines Aristokraten überflutet, ruft mit Naturnotwendigkeit nach der industriellen Demokratisierung. Diese führt dann zur sozialen Demokratie. Das Ziel dieser Entwicklung ist kein anderes, als ein Volk, das aus vollentwickelten Individuen beiderlei Geschlechtes besteht. Gesunde, starke, ihre Existenz nicht bloß fristende Bürger, die bilden den Nationalreichtum eines Staates. Und der Wert und der Reichtum einer Nation besteht, wie Pestalozzi sagt, in geistig, sittlich und ökonomisch hochstehenden Bürgern. — Die Anwesenden sollten den interessantesten Ausführungen des Redners lebhaften Beifall. Nachdem noch Genosse Schmid die Versammlung aufgefordert hatte, zur Erreichung einer solchen Demokratie die Parteipresse zu unterlassen, schloß Genosse Wassermann die Versammlung mit der Aufforderung an die graphischen Arbeiter, noch zahlreicher, als es schon geschehen, den dem Graphischen Kartell angeschlossenen Organisationen beizutreten.

**Cöln.** Am Mittwoch, den 14. Oktober, fand eine gut besuchte Sektionsversammlung der Kartonnagenarbeiter, welche zur gegenwärtigen Lohnbewegung Stellung nahm, statt. Der Vorsitzende der Tarifkommission führte aus, daß mit den Prinzipalen der Buchbinder schon Verhandlungen stattgefunden hätten, hingegen eine Antwort von den Kartonnagenfabrikanten trotz Einwendung des Tarifes nebst Begleitzirkular und einem darauf folgenden Erinnerungsschreiben keine Antwort eingelaufen sei. In der lebhaften Diskussion kritisierte man das Verhalten der Kartonnagenfabrikanten in scharfer Weise. Sodann wurde über Agitation gesprochen. Der Antrag, regelmäßige Sektionsversammlungen stattfinden zu lassen, fand einstimmige Annahme, und finden selbige Montags nach den Mitgliederversammlungen der Buchbinder bei „Falkenberg“ am Neumarkt statt.

**Hannover.** Am 17. Oktober fand unsere vierteljährliche Generalversammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken der verstorbenen Kollegen Gieseler und Wendt durch Erheben von den Plätzen.

Die Geschäfte der Zahlstelle wurden in 7 Vorstandssitzungen, 2 Versammlungen und 1 Generalversammlung erledigt. Das verstorbene Quartal war wohl eins der schlechtesten seit vielen Jahren. Die Arbeitslosigkeit zeigte dieses am deutlichsten. Es meldeten sich im letzten Quartal 124 Kollegen und 12 Kolleginnen arbeitslos. Vakante Stellen wurden 15 angemeldet, die sämtlich besetzt wurden. Unter

diesem Druck war es auch nicht möglich, an eine größere Agitation für unseren Verband zu denken, waren wir doch froh, so viel wie möglich unseren alten Mitgliederstand zu halten. Wir hatten am 30. September 264 weibliche und 453 männliche Mitglieder. Unsere Klassenverhältnisse waren folgende: Verbandsklasse: Einnahme Mk. 4652,20, Ausgabe Mk. 4234,98; Lokalkasse: Einnahme Mk. 9160,22, Ausgabe Mk. 1081,51.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Beschlusfassung über die Aufbringung der Geldmittel zum Bau eines Gewerkschaftshauses“, lag ein Antrag des Vorstandes vor, die von den Mitgliedern zu leistende Kasse für den Bau eines Gewerkschaftshauses in Wochenbeiträgen von 10 Pf. abzutragen. Es ist Ehrenpflicht eines jeden Kollegen, diesen Beitrag zu leisten und man kann annehmen, daß der Antrag des Vorstandes, in Wochenbeiträgen diesen Beitrag abzutragen, jeden Kollegen finanziell nicht zu sehr drücken wird. Der Antrag, den Lokalbeitrag von 5 Pf. auf 10 Pf. zu erhöhen und hieraus den von uns zu leistenden Beitrag zu decken, fand keine Gegenliebe, vielmehr wurde der Antrag des Vorstandes angenommen.

**Magdeburg.** In unserer ausnahmsweise gut besuchten Mitgliederversammlung vom 17. Oktober referierte Kollege Garber-Vorlin über: „Der Einfluß der Organisation auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen“. Der Referent schilderte die Entwicklung unserer Organisation und den mit der Erfahrung derselben zunehmenden Einfluß auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen, der durch die immer größer werdende Zahl der zum Abschluß gebrachten tariflichen Vereinbarungen und der an ihnen beteiligten Arbeiter und Arbeiterinnen, andererseits aber auch durch den immer umfassender werdenden Inhalt der abgeschlossenen Tarife zum Ausdruck kommt. Wenn die Tarifpolitik der Gewerkschaften auch zunächst mancherlei Anfeindungen erfährt, so wird heute der große Wert solcher Vereinbarungen in den Reihen der Arbeiterschaft doch allgemein anerkannt, und auch die Arbeitgeber lassen sich zu tariflichen Vereinbarungen eher bereitfinden, nachdem sie erkannten, daß auch für sie ein Vorteil in fest geregelten Verhältnissen liegt.

Nachdem der Referent die tariflichen Abmachungen in den Hauptzentren des Berufes geschildert, stellte er diesen die in Magdeburg bestehenden tariflichen Vereinbarungen gegenüber und kommt zu dem Schluß, daß hier vieles verbesserungsbedürftig sei.

Auch hier ist infolge tariflicher Vereinbarung die neunstündige Arbeitszeit bei den hauptsächlich in Betracht kommenden Firmen unseres Berufes allgemein eingeführt, nur die Firma L. Sperling u. Co. macht hiervon eine Ausnahme, und ist die Buchbinderei genannter Firma der einzige größere Betrieb am Ort, in dem noch die 9½stündige Arbeitszeit besteht, während in der Buchdruckerei dieser Firma die neunstündige Arbeitszeit, dem Buchdruckertarif entsprechend, eingeführt ist. Dieser Umstand gab Veranlassung, auch unsererseits bei der Firma Sperling u. Co. um Abschluß einer tariflichen Vereinbarung vorstellig zu werden. Der Tarifentwurf, der in der Hauptsache die Einführung der neunstündigen Arbeitszeit, ohne Herabsetzung der bisher gezahlten Wochenlöhne, einen den örtlichen Verhältnissen entsprechenden Minimallohn für Arbeiter und Arbeiterinnen, eine Festlegung der zurzeit bestehenden Akkordpreise und die Einräumung eines bestimmten Einflusses auf die Festsetzung neuer Akkordpreise an die Arbeiterschaft, vorzieht, ist der Firma bereits vor einigen Wochen unterbreitet. Eine Verhandlung, die am 16. Oktober zwischen den Inhabern der Firma und den Vertretern unserer Organisation stattfand, brachte noch kein bestimmtes Ergebnis, da die Inhaber der Firma sich ihre Entschließung bis zum 25. Oktober vorbehalten, und erschien es unter diesen Umständen nicht zweckmäßig, auf die Einzelheiten der gepflogenen Verhandlungen näher einzugehen.

Nachdem noch die Zustände bei der Firma G. Schäfer und die immer wiederkehrenden Restriktionen dieser Firma gegen die tariflichen Bestimmungen einer Kritik unterzogen wurden, schloß der Referent seinen Vortrag, mit dem Appell an die Anwesenden, durch lebhafteste agitatorische Betätigung und durch allseitige Vertragsleistung in die höheren Beitragsklassen zur Stärkung unserer Organisation nach Kräften beizutragen, um so den Verband immer mehr in die Lage zu versetzen, die ihm zustehenden Aufgaben jederzeit erfüllen zu können.

In der lebhaft geführten Diskussion wurde das Vorgehen bei der Firma Sperling u. Co. allseitig als durchaus berechtigt anerkannt und wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß es ohne weitere Schwierigkeiten gelingen möge, mit der Firma zu einem befriedigenden Tarifabschluß zu gelangen. Weiter wurde darauf hingewiesen, daß es absolut notwendig sei, der Mikrowirtschaft bei der Firma G. Schäfer mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegen zu wirken. Die Organisation hat

auch unter den Arbeitern und Arbeiterinnen dieser Firma festen Fuß gefaßt, und werden wir uns demnächst eingehender mit den dort herrschenden, geradezu unwürdigen Zuständen beschäftigen.

Der Anregung des Referenten, zur Stärkung des Verbandes dadurch beizutragen, daß alle Mitglieder in die höheren Beitragsklassen steuern, wurde allseitig beigegeben, und wurde es als eine beschämende Tatsache bezeichnet, daß auch besser entlohnte Kollegen bisher zum Teil nur in die dritte Beitragsklasse steuerten. Es wird seitens der Zahlstelle als eine Ehrenpflicht betrachtet werden, möglichst alle Kollegen und Kolleginnen zu veranlassen, der vierten bzw. zweiten Beitragsklasse anzugehören, was ebensowohl in deren eigenem Interesse, wie im Interesse des Verbandes geboten erscheint.

Schließlich wurde noch beschlossen, der Einladung der Zahlstelle Berlin folgend, einen Vertreter zu dem 25jährigen Stiftungsfest nach Berlin zu entsenden, und wurde der Bevollmächtigte, Kollege v. d. Reith, mit der Vertretung unserer Zahlstelle betraut.

**Frankfurt a. M.** „Der Krug geht so lange zum Brunnen bis er bricht.“ Dieses Sprichwort ist an dem Referenten seligen Angebens der Firma Mohr & Weder in Frankfurt a. M. und 1906 Arbeitswilliger der Firma Kleinsten-Berlin in Erfüllung gegangen. Schon des öfteren haben wir uns veranlaßt, mit dem Treiben dieses Mannes, Emil Fänke ist sein Name, 32 Jahre alt, gebürtig aus Freiwaldau bei Berlin, uns in der „Buchbinder-Zeitung“ beschäftigen zu müssen. In wiederholten schriftlichen und mündlichen Unterhandlungen mit dem Geschäftsinhaber, Herrn Kay, wurde seitens der Ortsverwaltung und der Geschäftskommission Beschwerde über das mehr wie fonderbare Verhalten des Fänke geführt. Auch immer wurde mit Herrn Kay, ein wirklich humaner Arbeitgeber, eine Verständigung erzielt. Aber was hilft, wenn der ausführende Teil in geschäftlicher Beziehung weniger friedlich gesinnt ist. Das muß natürlich zu Differenzen führen, zumal Fänke systematisch darauf hinarbeitete. Fortgesetzt nicht einhalten des anerkannten Akkordtarifs, schlecht bezahlte Arbeit auf Akkord und gute auf Stunde machen zu lassen, das waren die ewigen Klagen, besonders unter den Kolleginnen. Hierzu kam die Einstellung von Arbeitskräften, besonders Hesterinnen, aus Leipzig, um ihnen nach einigen Wochen bei der geringsten Gelegenheit mit Entlassung zu drohen und die zynische Art der Behandlung. Alles dieses führte zu fortgesetzten Konflikten und wiederholt beschäftigten sich Arbeiter in Werkstubeversammlungen mit der Frage, wie man am besten diesen Praktiken Fänkes begegnen könne. Am Dienstag, den 13. Oktober, war das Personal gezwungen, sich innerhalb 4 Wochen das dritte Mal zur Wehr zu setzen. Was Wunder, wenn dadurch die Empörung so weit getrieben wurde, daß das Personal endlich dazu überging, das Uebel mit der Wurzel auszurotten und die Entlassung Fänkes zu fordern. Die passive Resistenz wandten die 30 Arbeiter und Arbeiterinnen, die sämtlich unserem Verbandsangehörigen, an, um ihrer Forderung mehr Nachdruck zu verleihen. Nachdem so das Personal den ganzen Tag im Betrieb verweilt und in wiederholten Verhandlungen mit Herrn Kay erklären ließ, daß es nunmehr entschlossen sei, unter keinen Umständen unter Fänkes Leitung weiter zu arbeiten, da erfolgte die Entlassung. Die geschäftsschädigenden Anordnungen und Entlassungen, von denen Herr Kay bei dieser Gelegenheit erfährt, dürften ebenfalls mit abschlaggebend gewesen sein. Als Fänke sah, daß er unter die Mäder kam, schlug er Herrn Kay vor, als „Unparteiischen“ Herrn Kommissionsrat Fröhliche-Leipzig darüber anzurufen, ob das Verlangen der Arbeiter berechtigt sei. Es half aber nichts. Der Schrecken der Werkstube wurde beseitigt und mit ihm seine „Liebste“. Auf sein sittliches und moralisches Verhalten wollten wir, zu seinem Vorteil, nicht eingehen. Von Interesse dürfte noch sein, daß er sich bereits vor einem Jahre vermerkt hatte, wer von den „m i t t l e b i g e n“ Arbeitern entlassen werden sollte. Doch beim ersten Versuch im Februar dieses Jahres scheiterte dies an dem einmütigen Zusammenhalt des Personals und nun kam er als „erster“ an die Reihe. Eine Gerichtsverhandlung am 28. Oktober dürfte übrigens noch manches über den F. zutage fördern. Frau Fänke versuchte sich im Mai mit ihren drei Kindern durch Gas zu vergiften. Die drei Kinder sind an den Folgen gestorben, während die Frau mit vieler Mühe gerettet werden konnte. Wenn die Verhandlung der Frau F. die gleiche war wie die des Personals der Firma Mohr & Weder seitens des Ehrenmannes F., dann wird man nur Mitleid mit ihr haben können, daß sie mit dem Strafgesetzbuch in Konflikt kam.

Da Fänke nun versuchen wird, jetzt anderswo eine Gastrolle zu geben, werden sich die Kollegen den Vorgang gut merken müssen, damit sie sofort wissen, mit wem sie es zu tun haben. Vermutlich ist er nach dem Rheinland abgereist, deshalb: **W o r s i c h t !**

**Rundschau.**

Konferenzen zur Reform der Arbeiterversicherung. Zu diesen Tagen finden im Reichsamte des Innern die von dem Staatssekretär des Innern zugefügten und bereits mehrfach angekündigten Konferenzen mit Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeiter über die bevorstehende Reform der Arbeiterversicherung statt. Für den 23. Oktober sind Vertreter der Orts-, Betriebs-, Innungs-, Knappschaftskrankenkassen und der freien Hilfskassen sowie Vertreter der Kassenbeamten geladen. Am 24. Oktober wird über die Frage des Arzneimittelbezuges für Krankenkassen und der Behandlung von Zahnkrankheiten ebenfalls unter Zugiziehung ausgewählter Sachverständiger sämtlicher Interessentengruppen verhandelt. Für den 27. Oktober ist eine Besprechung mit Vertretern der Unfallberufsgenossenschaften, der Landesversicherungsanstalten und der Ausführungsbehörden unter Beteiligung von Laienmitgliedern des Reichsversicherungsamtes angelegt. Außerdem sind zu allen Verhandlungen, deren Leitung durch den Staatssekretär des Innern, Staatsminister v. Bethmann-Hollweg, erfolgen wird, die beteiligten Reichsbehörden, die größeren Bundesstaaten und das Reichsversicherungsamt eingeladen.

Aus der Montanindustrie. Die schwarze Liste der Ruhrbergwerksbesitzer umfasst nach den neuesten Mitteilungen bis jetzt 5386 Namen. Wie bereits früher

gefragt, befinden sich unter diesen auch die Namen vieler Personen, welche sich keineswegs eines Kontraktbruches schuldig gemacht haben. Und diese Vechtung vollzieht sich vollständig unter den Augen des Staatsanwalts, bekanntlich die objektivste Behörde der Welt, wenn es gegen Proletarier geht. —

**Adressenänderungen.**

**Dortliche Bevollmächtigte.**

Stuttgart. H. Schiebel, Stuttgart-Geslach, Bahnh. 31 I.  
Düsseldorf. M. Mohrbacher, Mühlenstr. 3.

**Unterstützungs-Auszahlter.**

Kottbus. Z. M. Rusjan, Leopoldstr. 3, von 7-8 Uhr, Sonntags von 12-2 Uhr. Az. 9 Stunden. LU.

**Abrechnungen**

vom 3. Quartal gingen weiter bis zum 20. Oktober ein:

Altenburg 130 Mk., Barmen 220 Mk., Bochum 25 Mk., Braunschweig 270 Mk., Bremen 25 Mk., Bremerhaven 50 Mk., Burgstädt —, — Mk., Darmstadt 121,71 Mk., Dortmund 100 Mk., Dresden 2675 Mk., Eisenberg 410,55 Mk., Falkenstein —, — Mk., Gelsenkirchen 66 Mk., Gmund 10 Mk., Görlitz 5,50 Mk., Hagen 146,43 Mk., Hamburg-Altona

810,15 Mk., Hanau 453,07 Mk., Hannover 2037,04 Mk., Hserlohn 59,73 Mk., Kaiserlautern 5 Mk., Kassel 75 Mk., Kaufbeuren 236,25 Mk., Krefeld 705 Mk., Leipzig 8763,34 Mk., Nürnberg 50 Mk., Rathenow 100 Mk., Rostock 36,75 Mk., Solingen-Wald 295 Mk., Straßburg 50 Mk., Gau IV 180 Mk., Gau VI 274,89 Mk., Gau VII 66,80 Mk., Gau XI 133,91 Mk., Gau XII 436,24 Mk., Gau XIII 300 Mk. und vom Gau XVI —, — Mk.

E. Haujejen.

**Briefkästen.**

R. W. in D. Abgelehnt. — A. E. in D. Inse-rat kostet 1,40 Mk.

Zur Beachtung! Die jetzt eingelangten Berichtskarten für das Kaiserliche Statistische Amt haben wiederum — wie schon so oft — den Beweis geliefert, daß sich einzelne Zahlstellen und Gaue übermäßig viel Zeitungen senden lassen. Die auf den Berichtskarten angegebene Mitgliederzahl veranlaßte in sehr vielen Fällen eine Neubezugung der an die einzelnen Zahlstellen oder Gaue zu sendenden Auflage, die in mehreren Fällen um mehr dem die Hälfte verringert werden mußte. Es muß daher dringend er-zucht werden, daß die Gau- resp. Zahlstellenbevoll-mächtigten die „Bestimmungen betr. die Zeitung“, vor allem die in Ziffer 4 dieser niedergelegten An-weisungen besser beachten.

**ANZEIGEN**

Zentral-Kranken- u. Begräbniskasse d. Buchhinder etc. (Eingeschr. Hilsk.) Sitz Leipzig.

Verwaltungsstelle Dresden.  
Am 16. Oktober 1908 starb unser langjähriges Mitglied  
**Julius Mehrkorn**  
aus Wittenberg im Alter von 41 Jahren.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Buchhinder-Verband.  
Unserem lieben Freunde und treuen Kollegen **Alfred Volkman** zur Abreise nach seiner Heimat (Gotha) ein herzliches Lebwohl und donnerndes **Bayr Weil!**  
Mehrere Kollegen d. Zahlstelle Düsseldorf.

Unseren lieben Kollegen **Jean Knitt** nebst Braut **Trudchen Leyting** zur heutigen Vermählung die besten Glückwünsche.  
Zahlstelle Cöln.

Eüchtige  
**Stuis-Arbeiter**  
bei h o h e m Lohn für dauernd in angenehme Stellung gesucht.  
Bürner & Haasenritter, Cöln a. Rh.



**O. Th. Winckler**  
Papier- u. Lederwaren  
Buchbindereibedarf  
Kostenvoranschlag  
Arbeitsnachweis für Buchbinder  
**O. Th. Winckler, Leipzig**

Berlin! „Neue Welt“, Hasenheide 108-114 Berlin!

Sonntag, den 1. November 1908

**25jähriges Stiftungsfest**

**Großes Vokal- und Instrumental-Konzert**

Neues Tonkünstler-Orchester unter Leitung des Herrn **Franz Hoffelder**. Rezitation: Herr **Eduard v. Winterstein** vom Deutschen Theater. Gesang: Fr. **Panknin-Aberhold** und Fr. **Martba Münch**, Konzertsängerinnen. Männerchöre (90 Sänger): **Buchbinder-Männerchor** und **Sängerglück** unter Leitung von Herrn **Stieck**.

**Festrede: Kollege A. Dietrich-Stuttgart.** **Lebende Bilder.**

Nach dem Konzert: **Großer Ball.** Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.

**Kasseneröffnung 4 Uhr.** **Anfang des Konzerts 5 Uhr.**

**Eintrittskarten: Vorverkauf 25 Pf., an der Kasse 30 Pf.**

Die Saalküren bleiben während der Vorträge geschlossen! — Rauchen während des Konzerts nicht gestattet! — Kinder unter sechs Jahren haben keinen Zutritt!

**Programm mit Liedertexten am Saaleingang gratis.**

Eintrittskarten sind zu haben: Bureau, Engelshfer 15 II, 3. 39/40, in den Zahlstellen und bei den Vertrauenspersonen.

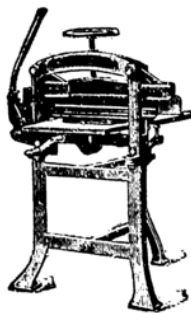
Unseren lieben Kollegen **Jean Knitt** nebst Braut **Trudchen Leyting** zur heutigen Vermählung die besten Glückwünsche.  
Kartonnagensektion des D. B. V., Cöln.

Gesucht a. j. Ort Buchbinder, w. Vertr. hochgeleg. Neuh. ersill. Weihnachtsartikel übern. Hoh. Verdienst. Ausk. vollst. kostenl. a. jedem.  
**Herm. Wolf, Zwickau Sa., Nordstr. 30.**

**Inserate** finden nur Aufnahme wenn ihnen der Betrag beigefügt ist.

**Kalkulations-Handbuch**  
für Buchbindereiarbeiten,

nach dem neuesten Buchbindertarif bearbeitet. Preis: 1,20 Mark franko. Zu beziehen durch den Verlag der Monatschrift für Werkmeister des Buchbindergewerbes und verwandte Berufe, Berlin S. 42, Wassertorstr. 61.



**Hebelschneide-Maschinen.**

51 cm Schnittlänge mit oder ohne Untergestell. Bewährte Konstruktion. Sehr preiswert  
Verl. S e Off. von **Karl Bidlingmeyer**, G. m. b. H., Maschinenfabrik, Altbach a. Neckar, Württemberg.

**Achtung! Berlin!**

**Ungarisches Restaurant**

**Kommandantenstr. 42 im Hof.**  
Täglich großer Mittag- und Abend-tisch zu billigen Preisen. Gut gepflegte **Biere** und ungarische **Weine**.  
Jeden Sonnabend und Sonntag **Gemüthlicher Familienabend mit Frei-Konzert.**  
**Verzinszimmer mit Klavier** für kleinere Festlichkeiten und Hochzeiten. Besonders geeignet für **Werktstaben-Versammlungen.**  
Bestrebt, meine werthen Kollegen und Kolleginnen in jeder Beziehung zufrieden zu stellen, bitte ich höflich um regen Besuch. Mit kollegialem Gruß  
**Aladár Czike.**